

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 136 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Mittwoch, den 29. November 1933 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Aussichten für Chautemps
Seite 2

Dr. Sack protestiert
Seite 3

Deutsche Kaufkraft
Seite 4

Reichskanzler gegen Bundeskanzler
Seite 5

Inseratenteil beachten!

Deutsche Monarchie

Sehnsucht und Hoffnung der Konservativen

Ein Aufsatz des „Manchester Guardian“

Das große englische Blatt schreibt unter der Überschrift **„Die Konservativen“**:

Ungleich den Nazis waren die Konservativen die Traditionalisten. Sie waren mehr den Gewerkschaften verwandt als den Nazis. In der Tat ist der Unterschied zwischen dem alten Preußen der Hohenzollern und dem Preußen der Republik geringer als der Unterschied zwischen dem Preußen der Republik und dem heutigen Nazi-Preußen. Aber in ihrem Kampf gegen die Linke verbündeten sich die deutschen Konservativen mit den Nazis, ohne zu bedenken, daß der Nazifakt, einmal etabliert, Konservative, Liberale und Sozialisten gleichermaßen verschlucken würde. Sie waren so an die Ausübung der Macht gewöhnt — und sie waren mächtig selbst in der Republik —, daß sie, ohne weiter nachzudenken, annahmen, sie würden, sei es einmal Hitler der Sieger, so die Oberhand bekommen, wie sie es einst vor der Revolution besessen hatten. Eine demokratische Bewegung umfaßt, trauet, wenn sie nicht eine konservative Bewegung umfaßt, wie umgekehrt, eine Diktatur, sie mag faschistisch oder kommunistisch sein, weder liberal noch konservativ sein kann. Die deutschen Konservativen haben mit dem Pulden des Niederkampfens der Demokratie durch die Faschisten ihr eigenes Ende herbeigeführt.

Einiges Einsehen kam ihnen in den letzten Monaten vor der Diktatur. Sie waren bereit, sich mit den Gewerkschaften gegen die Nazis zu verbünden. Aber da war es zu spät.

Die Stahlhelmführer

Was ist nun aus ihnen geworden? Was denken und fühlen sie über die Zerstörung, die sie selbst mit herbeigeführt haben? (In der Tat wäre die Diktatur ohne ihre Hilfe nicht möglich gewesen.) Viele von ihnen akzeptieren die Diktatur, nicht nur nach außen, sondern auch aus innerer Überzeugung. Nicht so diejenigen der deutschen Konservativen, die den Traditionen des alten Preudentums treu geblieben sind. Was sie denken, offenbart sich in zwei neuerlichen Dokumenten, in welchen das feinste und ehrlichste Denken und Fühlen einen traurigen Ausdruck findet. Diese Dokumente sind von größtem Interesse, nicht nur aus diesem Grund, sondern auch weil sie die Diktatur und ihre Methoden in lebhafter und eindringlicher Art und Weise beleuchten. In der Tat zeigen die konservativen Autoren eine weit tiefere Einsicht in die Nazibewegung als irgend einer der sozialistischen oder kommunistischen Schreiber, die sie mit so verständnisloser, wenn auch berechtigter Wut angreifen.

Diese Dokumente sind Briefe zweier Führer des Stahlhelms, der militanten Organisation der deutschen Konservativen, die vergeblich versucht hat, die soldatische Tradition des alten Preußens zu erhalten.

Viele der hochdenkenden Stahlhelmführer sind erfüllt mit tiefem Pessimismus — sie vergleichen die internationale Lage Deutschlands von heute mit jener der Jahre, die dem großen Kriege unmittelbar vorangingen. Und was Krieg ist, das wissen sie viel besser als die Braubenden, von denen nur wenige je aktiven Dienst getan haben, während der Stahlhelm hauptsächlich aus ehemaligen Soldaten besteht. Viele von ihnen — und mit ihnen eine wachsende Zahl deutscher Konservativer, die nicht dem Stahlhelm angeschlossen —, die vor einigen Monaten noch Hitler unterstützten, sind heute über die Katastrophe entsetzt, die über ihr Land gekommen ist. Sie sind erschüttert über die barbarischen Methoden der Diktatur, sind erschreckt von der in Deutschland herrschenden Rechtslosigkeit, und sind vollerummer über den fast vollkommenen Zusammenbruch alles dessen, was gut war an der deutschen und besonders an der preussischen Zivilisation.

Die einzige Hoffnung

Manche Beobachter Deutschlands behaupten, daß das „wahre Deutschland“ endlich sich „schüttelt“, daß Deutschland sich selbst gefunden habe. Eine solche Behauptung wird nicht geteilt von deutschen Konservativen, die so „echt deutsch“ sind, wie irgend jemand und die mit einem Deutschland verbunden waren, das ohne jeden Zweifel „echt“ war, obwohl es jetzt untergeht. In einer unwissenschaftlichen Rasenlehre, erfunden von einem Franzosen, Graf Gobineau, popularisiert durch einen Engländer, Houston Stewart Chamberlain, können sie weder sich selbst noch das „wahre Deutschland“ finden. Sie, die es selbst seit den Tagen der Deutschen Ordensritter als die Verteidiger der Zivilisation gegen den östlichen Barbarentum betrachten, die seit der Reformation gefürchtete Kämpfer für den protestantischen Glauben waren, die immer nordischen Realismus und Strenge hochgehalten haben gegen die Theokratie, die Sensation und die Dummheit, sie können nichts von all dem entdecken, wofür sie jetzt einstanden, in einem Despotismus, der seine Ideen aus

dem faschistischen Italien bezieht, seine Methoden aus dem bolschewistischen Rußland und ausgeübt wird von einem österröschischen Erweckungsprediger. (Man könnte sich nichts Unpreussischeres als Hitler vorstellen.)

Die Schreiber der beiden Briefe können nicht namentlich genannt werden, weil die Konzentrationslager der Diktatur nicht nur für Juden und „Margariten“ reserviert sind. Es muß genügen, wenn gesagt wird, daß die Schreiber einfluhrreich sind, soweit von Einfluß in einer Organisation gesprochen werden kann, die, wie der Stahlhelm, von den Nazis zerbrochen, gedemütigt und halb aufgelöst wurde. Ob ihr Glauben und ihre Meinung, die sie mit großer innerer Festigkeit aufrechterhalten, irgendeine Chance auf Lebensfähigkeit in Hitlers „drittem Reich“ besitzen, das kann allein die Zukunft zeigen. Ihre Hoffnung, soweit sie noch Hoffnung haben, liegt in einer konstitutionellen Monarchie, die mit Hilfe der regulären Armee und des Stahlhelms die Herrschaft des Gesetzes wiederherstellen würde und retten, was von den Trümmern der deutschen Zivilisation noch zu retten ist. Insofern als irgend ein organisierter Versuch (und unter dem Terror der Diktatur sind solche Versuche ebenso schwierig wie sie gefährlich sind) zur Verwirklichung derartiger Hoffnungen gemacht wird, dienen die beiden Briefe, die unter den vertrauenswürdigsten Stahlhelmführern umlaufen, als eine erste informelle Direktive oder als eine Vorlage künftiger Diskussionen. Es ist deshalb nicht ganz ausgeschlossen, daß eine gewisse historische Bedeutung ihnen über das Interesse, das sie an und für sich haben, zuzumessen ist.

Wir werden die beiden Stahlhelm-Briefe nachtragen.

Gefängnis für „Ruhrkaplan“

Staatsanwalt beantragt ein Jahr drei Monate — Urteil 6 Monate.

In Essen wurde der katholische Kaplan Dr. Klinkhammer wegen Beleidigung des Reichskanzlers und Störung des politischen Friedens zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Klinkhammer war während der mehrtägigen Verhandlungsbauer auf Antrag des Staatsanwalts vorläufig in Haft genommen worden.

Die Verurteilung Dr. Klinkhammers, der unter dem Namen „Ruhrkaplan“ früher in der Hauptsache für die kirchlich soziale Arbeit tätig war, erfolgte wegen Äußerungen, die er in Predigten am 12. März und 20. April d. J. in einer Abendandacht zur Feier des Geburtstages des Reichskanzlers getan hat. Das Urteil lautete auf Vergehen gegen § 190 a StGB. (Sogenannter Kanzelparagraph) in Tateinheit mit Vergehen gegen § 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragt. Die Untersuchungshaft wird angerechnet, ein Haftbefehl abgelehnt, jedoch wird die Sache schaffl. in der sich Dr. Klinkhammer seit Freitag voriger Woche wieder befindet, aufrechterhalten.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß nach der Beweisaufnahme der Angeklagte Angelegenheiten des Staates auf der Kanzel erörtert und den öffentlichen Frieden gestört haben. Auch habe die Beweisaufnahme ergeben, daß die Äußerungen auf die Juden in einer Form wirkten, wie es in der Anklage behauptet wurde, denn der Angeklagte habe nicht vor Gelehrten und Philosophen, sondern vor einfachen Arbeitern gesprochen. Bei der Strafzumessung sei zu berücksichtigen, daß dem Angeklagten als Geistlichem und Seelsorger große Verantwortung auferlegt sei und seine Worte auf den Jubelkreis besonders eindringlich hätten wirken müssen. Es könne keine Rede davon sein, daß der Angeklagte ein Opfer seines geistlichen Standes geworden sei, denn er stehe nicht als Geistlicher unter Anklage, sondern weil er gegen das Gesetz verstoßen habe. In ähnlichem Sinne hatte sich auch der Staatsanwalt in Erwiderung von Ausführungen der Verteidiger dahin geäußert, daß er keineswegs die Staats-treue der Katholiken generell in Zweifel gezogen habe, daß überhaupt der Angeklagte nicht wegen seines geistlichen Standes, sondern lediglich wegen seines strafbaren Vergehens vor Gericht stehe. Die Staatsraison dulde keine unterschiedliche Behandlung.

Soweit der gleichgeschaltete Bericht. Die katholischen Arbeiter an der Ruhr werden das Urteil anders empfinden: als die Raube des Systems gegen einen der wenigen aufrechten Priester und als Drohung, sich auch religiös der Gewalt des Diktaturstaates zu fügen.

Bollwerk Schweiz

Schlag auf Schlag kommen die Meldungen über sozialistische Siege aus der Schweiz. Basel, Zürich, Neuchâtel, Lausanne und am letzten Sonntag Genf sind die großen Stationen des neuen sozialistischen Aufstiegs. Eine Reihe von Wahlen in kleineren Orten vervollständigt das Bild. Ueber die Hintergründe dieser Wahlerfolge wird uns aus Zürich geschrieben:

Die Antwort der Schweiz auf das Erstarken der faschistischen Strömungen in der Umwelt, auf den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland und auf die faschistische Vorstöße in Oesterreich ist die Wendung zur Sozialdemokratie. In den bürgerlichen Parteien erstarken zugleich die Gegner der antimarginalistischen Einheitsfrontpolitik mit den Faschisten.

Hand in Hand mit dieser innenpolitischen Entwicklung zur demokratischen Selbstbehauptung geht die Erstarkung der kulturellen Selbstverteidigung. Sie äußert sich vielleicht weniger stürmisch, aber deswegen nicht minder deutlich.

Je stärker in Deutschland die völkische und Rassenidee betont wird, um so kräftiger erkennt die Schweiz ihre besondere Mission in der Vereinigung gleichberechtigter völkischer Gruppen zu einer Nation besonderen Gepräges. Ihre Grundlage ist nicht die Sprach- oder gar eine mythische Blutgemeinschaft, aber dafür eine durch nichts wegzudeutende Charakterverbundenheit, die auf jahrhundertelanger Schicksalsgemeinschaft beruht. Die bäuerliche Selbstverwaltung, von der die Geschichte der Schweiz ausgeht, hat nicht nur die Politik des Landes geformt, sondern auch den Geist der Eidgenossenschaft.

Die „heroischen“ Ideale des „dritten Reiches“ sind dem Schweizer schlecht hin fremd. Für die Schweiz gehört die Ablehnung zentralistischer Ideen, wie sie dem Faschismus zu eigen sind, zu ihrem Wesen. Fast der Faschismus alle Kräfte des Volkes straff zusammen, um es als nationale Einheit dem Feind entgegenzuerwerfen, so ist die mit der



HERSIE WA.?

Selbstverwaltung verbundene Abwehr des Zentralismus
Boraussetzung der Existenz der Schweiz.

Hand der deutsche Faschismus für seine Dynamik ideale
und politische Stützpunkte in vorkapitalistischen Kräften,
gelang es ihm, die Massen für eine nationalistische Groß-
raumpolitik zu gewinnen, so ist die Eidgenossenschaft zu
kieseln an der Beharrung interessiert, jede störende Kraft
in der europäischen Politik ist eine Gefahr für die Inter-
essen der Gesamtbevölkerung.

Das hat nun keineswegs kulturelle Autarkie, Abschlie-
fung gegen außen, zur Folge. Aber die selbstverständ-
liche Wirkung des nationalsozialistischen Sieges in
Deutschland ist, daß die fortschrittliche Intelligenz des
Landes die geistige Verbindung mit der fran-
zösischen Demokratie in höherem Maße sucht als
jemals seit der großen französischen Revolution.

Die letzte Konsequenz aus diesem Willen zur Selbst-
behauptung ist die neue Rolle, die die militärische
Landesverteidigung in den Augen weiter Kreise
der Linken erhalten hat.

Die schweizerische Sozialdemokratie hat im Weltkrieg
unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Internatio-
nale, die grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung
beschlossen. Dazu haben verschiedenartige, oft wider-
spruchsvolle Theorien beigetragen. Aber der entschei-
dende Beweggrund war wohl der, daß die schweizerische
Arbeiterchaft es im Krieg zwischen zwei imperialistischen
Staatenblöcken ablehnte, sich an die Seite einer dieser
rivalisierenden imperialistischen Mächtegruppen zu stellen.

Entspricht eine solche Haltung heute noch den Interessen
und den Idealen der schweizerischen Sozialdemokratie?

Der wahrscheinlichste Fall eines Krieges, in den die
Schweiz wider ihren Willen hineingezogen werden könnte,
wäre der des faschistischen Staatenblocks gegen die fran-
zösische Republik. Ein solcher Krieg mag nicht wahr-
scheinlich sein, so lange das europäische Sturzmomentum im
Osten liegt. Aber von den Kriegen, die die Schweiz be-
rühren könnten, ist der des Faschismus deutscher und
italienischer Form gegen Frankreich wohl der wahrschein-
lichste. Wird Deutschland dann, wie in der französischen
und englischen Presse behauptet wurde, seine Truppen
durch die Schweiz gegen Genf führen, um die französischen
Grenzbesetzungen zu umgehen und Frankreich von Lyon
her anzugreifen? Die deutsche Regierung hat solche Pläne
energisch dementiert. Es tut auch nichts Wesentliches zur
Sache, ob solche Kombinationen ernst zu nehmen sind. Das
eine steht fest, daß es in jedem ähnlichen
Falle ein Lebensinteresse der schweizeri-
schen Arbeiterchaft wäre, zu verhindern,
daß die Schweiz in den Krieg einbezogen,
noch mehr aber, daß sie dem deutschen Natio-
nalfaschismus untertan würde.

Welche Folgerungen sich daraus für die Politik der
schweizerischen Sozialdemokratie ergeben, ist gerade jetzt
Gegenstand der inneren Parteidiskussion. Fest steht aber
schon jetzt, daß Landesverteidigung für die Schweizer Ar-
beiter auf jeden Fall nichts anderes bedeuten könnte als
Schutz der demokratischen Freiheitsrechte gegen faschi-
stische Diktatur, und daß daher die Landesvertei-
digung nur so weit reichen könnte, als diese
Freiheitsrechte bestehen. Dann — aber nur
dann — könnte die Landesverteidigung im Abwehrkampf
der Schweizer Arbeiter gegen den Faschismus ihren Platz
finden.

Auf dem Balkan

Das System der Freundschaftsverträge

Berlin, 28. November. Der türkische Außenminister ist in
der letzten Zeit eifrig um die Anbahnung freundschaftlicher
Beziehungen mit den Balkanländern bemüht gewesen. Dem
griechisch-türkischen Freundschaftsvertrag, der eine enge
außenpolitische Zusammenarbeit zwischen den beiden ehe-
maligen Gegnern organisiert, folgte im Oktober ein Freundschafts-
und Nichtangriffsvertrag mit Rumänien und ge-
hern in Belgrad die Unterzeichnung eines entsprechenden
Paktes mit Jugoslawien. Es ist ohne weiteres ver-
ständlich, daß die Türkei durch derartige Verträge die Er-
innerungen an die verschiedenen Balkankriege, zu denen auch
der Weltkrieg gehört hat, auslöschen will. Ober unter den
gegenwärtigen Umständen hätte eine neue Koalition der Bal-
kanstaaten gegen die Türkei an und für sich keine große
Wahrscheinlichkeit. Man fragt sich deshalb, besonders auf dem
Balkan selbst, nach der tieferen politischen Bedeutung die-
ser neuen Verträge. Mit starkem Unbehagen werden sie in Bul-
garien empfunden, das von den genannten vier Staaten
umgeben ist und eine politische Isolation zu befürchten hat.
In Sofia glaubt man, daß die Hilfe Russlands gegen nach
Athen und Belgrad dem Abschluß eines sogenannten
Balkanpaktes dienen sollte. Man geht davon aus, daß die
Nachbarn Bulgariens die Revision der Verträge kommen
sehen und sich deshalb beileben, gegenüber Bulgarien Ge-
wärtigkeiten zu schaffen und den Status quo auf dem Balkan
zu festigen. Bei der starken Revisionstimmung, die sich in
Bulgarien gerade in diesen Tagen anlässlich des 14. Jahres-
tages der Unterzeichnung des Diktates von Neuilly zeigt,
ist es ganz ausgeschlossen, daß Bulgarien sich in ein derarti-
ges System, das die Fortsetzung der kleinen Entente auf
dem Balkan darstellen würde, einbeziehen läßt.

Baldwin spricht

Enge französisch-britische Interessengemeinschaft

London, 28. Nov. Am Unterhaus äußerte Baldwin gestern
über die außenpolitische Lage, sie sei außerordentlich schwierig.
Die zur Zeit laufenden Besprechungen könnten drei-
fache Ergebnisse haben:

1. Die Entwaffnung aller Länder auf den Stand der
gegenwärtigen Rüstungen Deutschlands;
2. Die Beschränkung der Rüstungen durch ein Verbot aller
schweren Anarüstungen. In diesem Falle würden die hoch-
gerüsteten Staaten bis zu einem gewissen Punkt abrüstet,
während Deutschland bis zu diesem Punkt aufrüsten würde.
3. Ein unbefränktes Wettrennen.

Diese dritte Möglichkeit dürfte unter keinen Umständen
ausgeschlossen werden. Großbritannien sei nicht der Auffassung,
daß irgendein Land dauernd in einem Zustand der Unter-
legenheit hinsichtlich der Bewaffnung gehalten werden könne.
Man könne nicht erwarten, daß ein Land in einer solchen
Lage verharren wolle. Deutschland habe, so fuhr Baldwin
fort, große innere Probleme zu lösen. Es brauche daher den
Frieden, und man hoffe, daß es ihn auch wünsche. Groß-
britannien, Frankreich und Italien würden alle in direkter
Berührung mit Deutschland kommen und einen Weg aus-
finden, der einen Fortschritt erhoffen lasse. Baldwin
sprach die Hoffnung aus, daß die Abbrüstungsverträge später ein-
mal wieder eine Angelegenheit des Völkerbundes würde

Die Aussichten für Chautemps

„No verordnungen“ als Haupttrumpf

Paris, 28. Nov. Das Kabinett Chautemps wird heute be-
schließen, wann es vor das Parlament treten will. Einige
Blätter versichern, dies werde Donnerstag oder Freitag ge-
schehen, andere sprachen von Montag kommender Woche.

Die Aussichten der neuen Regierung gelten im allgemeinen
als ziemlich präkar, obwohl die ersten Nachrichten über ihr
Finanzprogramm den Willen des Kabinetts erkennen lassen,
möglichst ohne Antastung der Beamtengehälter mit einem
Salvator das Budgetdefizit von sechs Milliarden Franken ab-
zudecken. Ein gewisser Trumpf im Spiele Chautemps' wird
zweifelsohne die Furcht weiter Kreise sein, durch eine neue
Krisis den Weg für die Auflösung der Kammer zu ebnen. Man
schämt sich, schreibt deshalb der „Matin“, in den Wandel-
gängen der Kammer klarzumachen, wie ernst der Eintrag ist.

Der Mißerfolg einer neuen Regierung in der Finanzfrage
würde die Hera der parlamentarischen Anarchie einleiten,
die uns sicher schnell zum Regime der Notverordnungen und
zur Auflösung führen könnte.

Und diese von Tag zu Tag näherdrückende Gefahr bildet den
sichersten psychologischen Trumpf des Kabinetts. Aus dem
gleichen Gedankengang heraus rührt auch Edouard Derrist
die Verbitterung für die Unterstützung der neuen Regie-
rung durch alle republikanischen Elemente.

Andererseits hält die Opposition ihren Sieg für sicher und
fordert ihre Vertreter im Parlament auf, zum letzten ent-
scheidenden Schlage anzuholen, um möglichst schnell das
Kabinett Chautemps zu Fall zu bringen, damit die unter
den heutigen Umständen einzige mögliche Lösung, nationale
Union, Auflösung, Verfassungsrevision, Wirklichkeit werden
könne. Die Rechtspreffe sucht diese Forderung auch damit zu
begründen, daß für die bevorstehenden Verhandlungen mit
Deutschland, wenn sie schon aufgenommen werden müssen,
nur eine starke Regierung in Frage komme, daß aber das
Kabinett Chautemps nicht als Ausdruck des Volkswillens
gelte und daß Paul-Boncour noch weniger der Mann sei,
der einem Diktator gewachsen sein werde.

Die Sozialisten heben Gewehr bei Fuß und wollen die
Finanzvorlage abwarten, die ihrer Ansicht nach darüber Auf-

schluß geben wird, ob das Kabinett mit Unterstützung der
Rechten oder mit Unterstützung der Linken eine Mehrheit zu
bilden beabsichtigt.

Das deutsch-französische Gespräch

Die französische Presse verhält sich zu der Unterredung
Dittler-Francois-Venet sehr zurückhaltend. Bemerkenswert
bleibt die Äußerung von Vertinax im „Echo de Paris“,
die genau lautet:

„Ueber die Thesen, die in Berlin verhandelt wurden, sind
wir nicht unterrichtet. Immerhin meldet unser Berliner
Korrespondent, daß der Reichskanzler eine schnelle Regelung
der Saarfrage (ohne Plebiszit, das heißt
durch eine Aenderung des Friedensver-
trages) verlangt und in der Frage der Abrüstung sich
an die Forderungen gehalten hat, welche die deutschen Ver-
treter in London und Rom vorbrachten. Nämlich die Gleich-
heit der Heeresstärken und der Waffen, sofern die noch nicht
abgerüsteten Mächte auf den Besitz des sogenannten offen-
siven Materials, das sie in Etappen in einem ganz bestimmten
Zeitraum vernichten müßten, nicht verzichteten. Lassen
wir die Saar einmal beiseite, obwohl die
Frage schwierig genug ist, wenn unsere wirt-
schaftlichen Interessen gewahrt und das
Leben und Vermögen derjenigen, die mit der
nationalsozialistischen Ordnung nicht ein-
verstanden sind, wirksam geschützt werden soll.“

Aber die Abrüstung? Können wir tatsächlich die
Organisation unseres Heeres zerören. Sie ihrer Ueberlegen-
heit, was das Material angeht, berauben und vor allem auf
unser freies Recht verzichten, ihre Macht zu vermindern? Alles
dieses gegen einfache Versprechungen, die von einer Regie-
rung kommen, deren Gewalttätigkeit mit der Macht einer
kosmischen Ercheinung verglichen wurde (und zwar von
denen, die Entschuldigungen finden wollten).

Der erste Rasseverbrecher

Beispiellose Greuelmeldung aus Schlesien

In Breslau existiert einer der ältesten deutschen Zeitungs-
verleger, Johann Gottlieb Korn, der seit etwa 150 Jahren
die „Schlesische Zeitung“ herausgibt. Dieses Blatt
war einmal die Repräsentation des oberböhmisches Junkertums,
feudal, sozialreaktionär, höfenzollerntrun bis auf die
Knochen, im allgemeinen aber frei von Geschäftigkeiten gegen

Sozialisten und Juden, von deren Anzeigen es zum größten
Teil lebte.

Was nach dem Siege der „nationalen Revolution“ aus der
„Schlesischen Zeitung“ geworden ist, darüber unterrichtet
dieser Bericht des Blattes vom 14. November:

Ein Kapitel Rassenhygiene

Doppeltes Verbrechen gegen Sittlichkeit und Rasse vor Gericht

1. Gegen den bei einem Schuhfabrikanten angestellten
jüdischen Inspektor Martin Fuchs aus Breslau war im
September 1931 Anzeige erstattet worden, daß er sich am
24. Mai 1931 in einem Reiter Hotel an einer jüdischen
Verkäuferin der Firma aus Posen vergriffen habe. Die
Verkäuferin hat nun am 21. Mai 1932 ankerndlich einen
Antrag erhoben. Die gegen den Beschuldigten vorliegenden
Verdachtsmomente waren bisher nicht ausreichend, so daß das
eingeleitete Verfahren mehrfach eingestellt wurde. Nunmehr
hat der Direktor des Anthropologischen Instituts der Uni-
versität Breslau in einem Gutachten festgestellt, daß
das Kind der Verkäuferin, die selbst normlegend nordischer
Passe ist, mit größter Wahrscheinlichkeit von väterlicher
Seite einen jüdischen Einschlag besitzt.

Der Angeklagte ist in Haft genommen worden.
Der Oberstaatsanwalt in Reife hat gegen ihn wegen Ver-
suchs öffentliche Anklage erhoben.

Dazu erfahren wir ergänzend, daß sowohl die Mutter des
Kindes, wie die Eltern der Mutter eine a n d e r s p r o c h e n e

Was ist hier geschehen? Ein jüdischer Angestellter suchte
im September 1931 mit einer arischen Verkäuferin ein Hotel
auf. Dem sächlichen Pledesbund entsprach ein Knabe.

Zunächst einmal wurde „Notzucht“ daraus. Doch es reichte
nicht zur Anklage, denn die junge Dame ist, was aus allen
näheren Umständen gefolgert werden muß, freiwillig dem
Freund ins Hotel gefolgt. Nicht aber hat man den Weg ge-
funden, um dem Juden den Prozeß zu machen. Die Art, wie
man ein zehn Monate altes Kind auf den Seziertisch late
und von arabischen Wissenschaftlern untersuchen ließ, ist das
schändlichste Dokument der Judenverfolgungen, das uns bis-
her zu Gesicht gekommen ist.

Rassenschändliches

Wenn der Jude mit dem Madel,
das ein Christ,

deutsche Volksungehörigkeit mit sichtlich
erkennbarem Einschlag der nordischen Rasse
erkennen lassen. Demgegenüber vertritt das Kind durch seine
Rasenförmigkeit, den Charakter des Haars und seiner Färbung
und durch die Beschaffenheit des Auges einen jüdischen
Einschlag. Die verdächtig Augenlider ergeben den typisch
orientalischen Bild, so daß in Verbindung mit der Tatsache,
daß ein Jude als Vater angegeben wird, wohl

kein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß der jetzt in Haft
genommene jüdische Beschuldigte als Vater des Kindes in
Anspruch genommen werden muß. Das von Professor Dr.
Friedrich von Glöckner erstattete Gutachten kommt des-
halb zu dem Ergebnis, daß mit größter Wahrscheinlichkeit
die Vaterchaft des Beschuldigten angenommen werden
muß.

Wenn in der Natur auch die Möglichkeit paralleler Varianten
nicht ausgeschlossen werden kann, so ist deren Auftreten je-
doch auf so geringe Fälle zu beschränken, daß ihre Bedeutung
für die Wirklichkeit als gleich Null bezeichnet werden kann.

und auch er sonst ganz kapabel,
ja, sogar im Kronbund ist —
wenn er alle mit ihr anbandelt
oder nur mit ihr die Stadt durchwandelt,
geht es kümmerlich auf im Lande.
Dies ist eine Rassenrollenhandel.

Wenn Herr Graf von Adlerkan
die Hebecka nimmt zur Frau
und sie sort und ritterlich umhobet,
weiß den arischen Stammesbaum sie vergoldet
reicht man beide — ha, ich weite! —
aus dem Bette
und schleut sie an einer Kette
schmachbeladen vor ein Volksgertret ...
— — — Etwa nicht?!

R. A. Grant.

Porugal

Revolutionäre Bewegung?

Lissabon, 28. November. In einer Mitteilung an die
Presse begründet die Regierung eine Reihe militärischer und
polizeilicher Sicherheitsmaßnahmen mit revolutionären An-
trieben ausgesprochen kommunistischen Charakters, die zum
Teil vom Ausland her geschürt würden. Ein für die Nacht
vom Montag zum Dienstag vergangener Woche geplanter
K-stand sei dank der Wachsamkeit der Behörden im Keime
erstickt worden. Bei dieser Gelegenheit habe man einen
Miezer Sarmiento Pereira und andere Persönlichkeiten fest-
genommen. Die Führer der Bewegung seien bekannt; ihre
Verhaftung sei angeordnet.

Das Unterhaus hat einen Antragsantrag der Arbeiterpartei
zur Antwortadresse auf die Thronrede, der an der Anfu-
hrung und Innenpolitik der Regierung Kritik übte, abgelehnt.

Der deutsche Gesandte in Lissabon, v. Nolte, wurde von
Marschall Pissodt empfangen.

Nach einer Verurteilung des Stellvertreters des „Führers“
ist das Tragen des Dienstkopfes beim Erschei-
nen vor Gericht und an den Arbeitstätten untersagt.

Eine Frau, die ihre drei Kinder ertränkt hatte, wurde in
Lissabon zum Tode verurteilt.

In Longwood, auf der Insel St. Helena, wurde ein
Napoleon-Muicun eingeweiht.

Vom deutsch-österreichischen Grenzkrise

München, 28. Nov. Im Krankenhaus in Weis (Oberöster-
reich) ist, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, der Mächtige
Bertram Johann Bahinger, der am 18. September d. J. in
Wolfsberg von Gendarmen durch einen Schuß schwer verletzt
wurde, seinen Verletzungen erlegen. Damit hat der blutige
Zusammenstoß in Wolfsberg, bei dem eine Gendarmen-
abteilung auf die in einem Wohnhaus versammelten Wolfs-
berger Nationalsozialisten eine Gewehrsalve abfeuerte, ein
wertes Todesopfer gefordert.

Die seit Monaten geführten französisch-russischen
Verhandlungen über den Balkan haben auf dem toten
Punkt angelangt zu sein. „Der Reichsboten“ Kandidat bereits an,
daß angesichts der bestehenden Schwierigkeiten diese Ver-
handlungen nicht nur verlagert, sondern endgültig fallen ge-
lassen werden würden.

Dr. Sack protestiert

Gegen den politischen Propagandavortrag eines Kriminalrats

Bewaffneter Aufstand?

Berlin, 27. Nov. Im Reichstagsbrandprozeß begann heute der letzte Teil der Verweidungnahme, die Erörterung des politischen Teils. Der Vorsitzende erklärte zu Beginn der Verhandlung, daß sich die Verweidungnahme jetzt der Frage zuwendet, ob die Kommunistische Partei Deutschlands zur Zeit der Brandstiftung einen bewaffneten Aufstand betrieben habe. Der Vorsitzende ersuchte Kriminalrat Heller, Berlin, der heute als einziger Zeuge geladen ist, zu zusammenhängenden Ausführungen das Wort zu nehmen.

Kriminalrat Heller fährt u. a. aus: Die Veruche der Kommunisten in den Jahren 1919, 1920, 1921 und 1923, auf gewalttätigem Wege eine Aenderung der politischen Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen, endeten mit den Niederlagen des revolutionären Proletariats. Nach kommunistischer Auffassung scheiterten diese Unternehmungen, weil sie unabhängig von einer revolutionären Situation geführt wurden und sich nicht auf eine revolutionäre Massenbewegung sowie auf eine aktive Beteiligung der breiten Massen der Arbeiterschaft stützten. Trotz dem Scheitern dieser Veruche der KPD hielt die KPD weiter an ihren Bestrebungen fest, die Diktatur des Proletariats in Deutschland anzukämpfen. Durch Verlautbarungen in Wort und Schrift, Parlamentsreden, Presseäußerungen, Rundschreiben, Beschlüsse der Kommunistischen Parteitage wurde der Beweis erbracht, daß die KPD diese Bestrebungen nie aufgegeben hat.

Als wichtige Kampfmaßnahme, fuhr Krim.-Rat Heller fort, wird in der kommunistischen Literatur und in den Beschlüssen der Parteikonferenzen die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats sowie die Organisation der Massen festgesetzt. Schließlich soll dann der Generalkrieg entzündet werden, der einmündet in den bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie. Das Plebiscitum des Volksgesandten der kommunistischen Internationale stellt ausdrücklich das Schicksal der proletarischen Revolution in West- und Mitteleuropa entschieden wird, und Revolution in West- und Mitteleuropa den wichtigsten Schritt zur Weltrevolution bedeutet. Als notwendige Voraussetzung zur Vorbereitung der revolutionären Auseinandersetzung wird die proletarische Einheitsfront in der Weise bezeichnet, daß der Verrat der sozialdemokratischen Führer entlarvt und ein Bündnis der kommunistischen Arbeiter hergestellt wird mit den Arbeitern, Angehörigen, Bauern und Kleinbürgern, die jetzt noch nicht im kommunistischen Lager stehen.

Auf dem Bezirkstag in Hamburg wurde gesagt, der Kampf gegen die Hitlerpartei müsse als ideologischer und wehrhafter Massenkampf geführt werden. Auf dem Bezirksparteitag Mittelrhein in Köln waren nach dem Polizeibericht unter Führung des Reichstagsabgeordneten Torgler mehrere Vertreter des Zentralkomitees der KPD anwesend. Torgler sagte in einem Referat, die Arbeiter müßten sich auf ein Verbot der KPD vorbereiten. Er erinnerte dann auf die auf der Parteikonferenz gefassten Beschlüsse. Die Massen, die noch Unorganisierten oder in anderen Parteien Organisierten müßten für den Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur und für den Kampf um eine deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik vorbereitet werden.

Nach Torglers Referat müßten die Sachdelegierten den Saal verlassen. Nur vor den eigentlichen Parteidelegierten sprach ein auswärtiger Kommunist, dessen Name nicht genannt wurde, über die Fortsetzung der Reichswehr, Schutzpolizei und Landjäger.

Dabei müßten auch jüngere Kommunistinnen eingeschult werden, die die Aufgabe haben, gegebenenfalls unter Preisgabe ihrer eigenen Person Soldaten oder Polizisten für den Kommunismus zu gewinnen und sie zum Diebstahl von Waffen und zum Verrat von Geheimnissen zu verleiten.

Krim.-Rat Heller fährt dann fort: In der kommunistischen Partei waren von jeher zwei Richtungen zu erkennen. Eine legale, die nach außen hin mit parlamentarischen Mitteln arbeitete sowie die illegale, für die Kenner der Verhältnisse war es seit langem klar, daß der Schwerpunkt der kommunistischen Betätigung auf dem Gebiet der illegalen Arbeit lag, deren zwangsläufige Auswirkung auch im Reichstagsbrand zu erkennen sein würde. Seit Jahren verfolgt die kommunistische Partei das Ziel der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, dessen Verweigerung in der Hauptsache Lenin gewesen ist. Unzählige Verläufe wegen der Vorbereitung zum Hochverrat gegen Renanin ab von der geradezu sieberhaften Latärie der KPD, ein Sowjetdeutschland, die Diktatur des Proletariats, nach bekanntem Muster zu errichten. Es wurden besondere Kurse abgehalten, in denen u. a. auch der Straßenkampf, bei dem der Bau von Barricaden, das Ueberrumpeln von Polizeiwachen eine besondere Rolle spielte, erörtert wurde. Die einzelnen Phasen des bewaffneten Aufstandes wurden an Hand von Plänen und in praktischen Uebungen gelehrt, so daß die KPD bereits seit längerer Zeit für den Bürgerkrieg wohl vorbereitete Kerntuppen besaß.

Außerdem war die Umkehrung auf Illegalität durch geschickte Tarnung schon soweit gediehen, daß die Ueberrumpelung für die Behörden außerordentlich schwer geworden war.

Nach der November-Wahl 1932, bei der die KPD etwa sechs Millionen Stimmen gewinnen konnte, verschärfte die KPD die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, indem sie nicht nur die eigenen Wehrorganisationen, sondern auch die Elemente des Roten Kampfbundes mit Waffen versehen ließ. In Kurzen wurde den Teilnehmern klar gemacht, daß der Zeitpunkt der bewaffneten Auseinandersetzung immer näher rückt. Im Januar 1933 wurde in Berlin ein vierwöchiger Kursus abgehalten, in dem der ehemalige Reichstagsabgeordnete Grafie sagte, die KPD würde Ende Februar 1933 in die bewaffnete Auseinandersetzung eintreten und das Reich des Aufstandes würde allen Beteiligten durch ein weißes schwebendes Zeichen gegeben werden.

Wenn die KPD, betonte der Zeuge, eine Zeitlang geglaubt hatte, mit dem von Heinz Neumann vertretenen Wort „Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft“, die nationale Welle niederwerfen zu können, so lag sie sich getäuscht.

Abgesehen davon, daß die nationalen Kämpfer sich durch keinerlei Terrorakte von ihrer vaterländischen Propaganda abbringen ließen, mußte die KPD die bittere Erfahrung machen, daß sich große Teile der Bevölkerung von der kommunistischen Idee abwendeten.

Es blieb der KPD nichts anderes übrig, als dem terroristischen Tun Einhalt zu gebieten und von Neumann offiziell abzurufen. Trotzdem gingen die Terrorakte weiter und forderten viele Opfer. Die KPD hat stets versucht, die Verantwortung dafür abzuwälzen. Demgegenüber ist aber zu verweisen auf das, was Lanoer, hinter dem sich Rippenberger verbirgt, in seiner Broschüre „Der Weg zum Sieg“ sagt: „Nichts ist, das es auf den Massenkampf ankommt und daß Veruche, diesen durch Einzelkämpfe zu ersetzen, schärfste zu verurteilen sind. Es kann aber Gewalttakte geben, die von der breiten Masse verstanden werden und zum Er-

folg des Massenkampfes beitragen. Solche müssen gebilligt werden und in gewissen Fällen direkt organisiert werden. Im bewaffneten Aufstand selbst ist das Zulassen von individuellen mit dem Massenkampf klar und untrennbar.“

Mit dieser Darlegung von prominenter Seite, erklärt der Zeuge Heller, ist die Behauptung der KPD, daß sie den individuellen Terror ablehne, gegenstandslos geworden. Der Zeuge zitierte dann noch zahlreiche Äußerungen aus den Konferenzen der Unterbezirke, um schließlich auf eine Besprechung, die etwa Mitte Dezember im Karl-Liebknecht-Haus stattgefunden hat, zurückzukommen. Bei dieser habe Torgler ausgeführt, daß die Partei zunächst drei Kampfpläne habe: Berlin, das Ruhrgebiet und Mitteldeutschland. Hier müsse eingeleitet werden und hier müsse man die Massen zuerst in den Kampf führen.

Torgler erklärt dazu, daß er an dieser Versammlung im Karl-Liebknecht-Haus weder teilgenommen, noch gesprochen habe.

Kriminalrat Heller stellte demgegenüber fest, daß es sich bei dem Bericht über die Versammlung um einen vertraulichen Bericht handle, der aus dem amtlichen Material stamme.

Nach der Mittagspause verließ Kriminalrat Heller aus dem Material des Geheimen Staatspolizeiamtes eine große Zahl von Mitteilungen, die schlagartig die Situation beleuchteten, die zur Zeit des Reichstagsbrandes bestand. Diese Angaben schildern namentlich die Entwicklung der von der KPD getroffenen Vorbereitungen zur Auslösung der Aktion und „beweisen“, daß in der Zeit von Anfang Januar bis Mitte März 1933 der Ausbruch der proletarischen Revolution unter Führung der Kommunisten auf des Messers Schneide stand.

Am 1. Februar wurde ein illegales Rundschreiben an alle Berliner Unterbezirke der Partei verbreitet, in dem es heißt: Verbot der Partei heißt Grohalarum. Sofort seien durchzuführen Alarmierung der Betriebe, Vorbereitung des politischen Massenstreiks und von Demonstrationen. Sofort Verleumdungsaktionen, nicht protestieren, sondern handeln. Ein Rundschreiben der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg vom 9. 2. besagt: Wenn das Verbot kommt: proletarischer Massenstreik! Jeder muß wissen, wir treten dann in die Phase des Bürgerkrieges ein. Für den 3. März gilt es, den Marsch auf Berlin zu organisieren, um, wenn notwendig, das neue Parlament auseinanderzujaagen. Vom 21. Februar liegen dem Berliner Polizeipräsidenten von privater Seite Briefe vor, die über die Charakter der Geschäftsbriefe hatten, in Wirklichkeit aber getarnte Parteianweisungen waren. Es heißt darin:

Für alle Angestellten der Fabrik und die gesamte Rundschafft! Bürgerkrieg unvermeidlich. Sturz der Regierung nur auf revolutionärem Wege möglich.

Alle großen Betriebe bearbeiten, bei Ueberfällen von Arbeitern sofort Grohalarum und Massenaktionen gegen Nazis, Faschisten und Ausräumung derselben. Von Anfang März liegt eine Schrift des illegalen Rotfrontkämpferbundes vor, in der es heißt: Jetzt ist es genug! Wir organisieren den mehrheitlich antifaschistischen Massenstreik. Entwaffnet Stilschlag und Fausthieben!

Es gingen dann, fuhr Kriminalrat Heller fort, beim Berliner Polizeipräsidenten verschiedene Meldungen ein über geplante Anschläge auf Elektrizitätswerke, Stahlwerksanlagen, Uniformen und andere lebenswichtige Betriebe.

Die Geheime Staatspolizei hat bei der Durchsicht der Gepäckaufbewahrungsbüro am Gdrlitzer Bahnhof einen Koffer mit illegalem Material des kommunistischen Nachrichtendienstes gefunden.

Daraus ging hervor, daß die Kommunisten über die Organisation der politischen Polizei vollkommen im Bilde waren und auch über jeden einzelnen Beamten, so sogar über die politische Einstellung der Pförtner in den Wohnungen der Beamten genaue Aufzeichnungen hatten. Die Kommunisten hätten also im Falle einer Aktion mit leichter Mühe alle Nachrichtsmittel des Staates lahmlegen können.

Aus Pommern gibt der Zeuge Meldungen wieder, wonach in der Nacht vom 5. zum 6. März in Stettin die Gasanstalt, das Elektrizitätswerk, die eiserne Oberbrücke und der fluffender durch Sprengstoffanschläge beschädigt werden sollten. Infolge geeigneter Schutzmaßnahmen seien die Anschläge nicht zur Ausführung gekommen. Am 16. August wurden in Stettin bei Kommunisten 30 Wägen mit einem äußerst explosiven Sprengstoff beschlagnahmt, der geeignet gewesen wäre, sämtliche Verkehrsverbindungen in Stettin zu sprengen. Ähnliche Berichte zitiert der Zeuge aus Ostpreußen, Schlesien und aus anderen Teilen des Landes.

In den Anweisungen steht immer die dringende Mahnung an die Ortsgruppenleiter wieder, sich Waffen und Sprengstoffkörper zu beschaffen und Terrorgruppen zu bilden.

Es fanden sich auch Verzeichnisse über die in den einzelnen Orten führenden Nationalsozialisten, die unschädlich gemacht werden sollten. Es wurde auch die Anordnung getroffen, daß Amtsdirektor, Pfarrer und andere angesehene Persönlichkeiten in den einzelnen Orten beim Ausbruch des Aufstandes als Geiseln festgenommen werden sollten. Die Polizeibeamten sollten, wenn sie sich dem Aufstand entgegenstellten, rücksichtslos niedergeschossen werden.

Die Vernehmung des Kriminalrates Heller wird auf Dienstag vertagt.

Der allzuerrliche Polizeimann

Selbst Sack wird es zu bunt

Der Vortrag des Zeugen ziele sich dermaßen in die Länge und Breite, daß der Verteidiger Torgler, Rechtsanwalt Dr. Sack, sich genötigt sieht, einzugreifen.

Dr. Sack: Der Zeuge soll hier über die Beobachtungen anfragen, die er persönlich gemacht hat. Wenn er hier im Einzelnen die Erklärungen dritter Personen anführt, so müßte der Gerichtshof deren Echtheit nachprüfen können. Aber dann steht zu befürchten, daß der Prozeß noch wochenlang dauern wird.

Der Oberrechtsanwalt, dem die Aussagen des Zeugen anscheinend sehr willkommen sind, meint, man müsse den Dingen aus den Grund gehen, worauf Dr. Sack erwidert, Torgler behalte sich das Recht vor, gegebenenfalls die Personen, auf die sich der Zeuge beruft, hier vernommen zu lassen.

In seinem Behreben, möglichst ausführlich zu sein, zitiert Kriminalrat Heller sogar Tagesbeschlüsse an die rote Armee, die mit dem Reichstagsbrand heralisch wenig zu tun haben. Der Präsident bittet darauf den Zeugen, sich an präzise Tatsachen zu halten. Die weitere Vernehmung des Zeugen wird schließlich auf Dienstag vertagt.

Nach der heutigen Verhandlung hatte man allgemein den Eindruck, daß diese Zeugenaussage auf einen sorgfältig vorbereiteten Bericht schließen läßt. Aber man versteht nicht, wie der Anklagevertreter ihn verwenden kann, um

den Nachweis für die persönliche Schuld der Angeklagten zu erbringen.

Präsident Dimitroff

Am vergangenen Samstag gab es als etwas verständlichen Abbruch der vielen Zeugenvernehmungen folgendes hübsche Zwischenspiel zwischen Dinger und Dimitroff:

„In ausländischen Zeitungen wird bereits gesagt,“ so unterbricht der Präsident den Dinger, „Sie leiten eigentlich die Verhandlungen.“ — „Aber nein, Sie sind doch unbekannt der Präsident,“ beteuert Dimitroff. — „Das kommt nicht immer klar zum Ausdruck,“ erwidert Dr. Dinger gelassen (Heiterkeit).

Von der Wasserkante

Die braune Tscheka wütet

6. 6. Altona, 10. Nov. Die Staatspolizei verhaftete eine große Anzahl Personen, die sich in marxistischem Sinne betätigten. Rahlstedt bei Hamburg, 11. Nov. Hier wurden die Wählplakate mit hitlerfeindlichen Parolen besetzt. Eine Anzahl Verdächtiger wurde verhaftet. Flensburg, 11. Nov. Der Arbeiter Konrad wurde beim Flugblattverteilten „auf der Flucht erschossen“. Königsberg, 12. Nov. Die Staatspolizei beschlagnahmte eine Sendeanlage des Reichsbanners. Lübeck, 12. Nov. Die Todesurteile gegen die Reichsbannerleute Jid und Rähding wurden rechtskräftig. Rähding hat sich erhängt. Wöttingen, 13. Nov. In der Nachbargemeinde Bilschhausen wurden zahlreiche Wohlfahrtsvereine verhaftet, weil sie schlechte Rodungsarbeiten verrichtet haben sollen. Sameln, 14. Nov. Hier wurden neun Arbeiter wegen marxistischer Betätigung festgenommen und teils dem Untersuchungsrichter, teils dem Konzentrationslager zugeführt. Wesselbeuren. Am Sonntag haben in einer Gaskampfbewegung sieben Gäste und der Witte Klassenkämpfer gesungen. Sie wurden verhaftet. Heide. Zwei Einwohner machten vor einer Gaskampfbewegung abfällige Bemerkungen über die Führer des deutschen Volkes. Sie wurden festgenommen. Breitenberg, Kreis Steinburg, 15. Nov. Der frühere Gemeindevorsteher Roder wurde wegen Verächtlichmachung der nationalsozialistischen Bewegung in das Konzentrationslager Glückstadt gebracht. Bremen. Fünf Arbeiter erhielten fünf bis neun Monate Gefängnis, weil sie Flugblätter an SA-Leute verteilt hatten. Rühle (Weser). Der Zimmermann Erich Hahlbrock hat auf die SA geschimpft. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Pangelshausen (Hara), 16. Nov. Der Hüttenarbeiter Schalles wurde wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Seesen. Der Dachbeder Liebmann hatte Sprengstoff in seinem Besitz und lieferte sie nach dem Hüttenkapfen an die Behörden ab. Er wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Lübeck, 17. Nov. Der Reichsbannermann Vühr war 1931 an einem politischen Raubhandel beteiligt, bei dem ein SA-Mann ums Leben kam. Er erhielt 10 Jahre Zuchthaus. Braunschweig. Der Lehrer Adolf Seiger hatte mehrere Delle in seinem Besitz, in denen Fragen des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion behandelt wurden. Das Oberlandesgericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

Deutsche Sorgen

Fersen hebt!

Aus dem Freistaat Hessen geht und folgender allerhöchster Erlass zu:

Betreffend: Deutscher Gruß.
Der Staatsminister an die hiesigen Behörden und an die Bürgermeistereien.

1. Die durch Verfügung des hiesigen Ministerpräsidenten vom 17. Juli 1933 — 1 7154 unter 1, 2 für uniformierte Beamte getroffene Sonderregelung kommt in Fortfall. Von ihnen ist daher auch mit Rücksicht auf die deutsche Gruß anzuwenden.

2. Ausführung des deutschen Grußes für Beamte in Uniform: Grundstellung — kurze Heben des rechten gekleideten Armes nach vorn schräg aufwärts — Finger zeigen in Höhe des oberen Nahrungsrandes. Sodann halbdiges Senken des Armes zur Grundstellung.

3. Ausnahme für Verkehrsposten der Landespolizei, Landesgendarmarie und Gemeindepolizei: Verkehrsposten grüßen nur durch Einnehmen der Grundstellung, falls die Ausübung ihres Dienstes überhaupt eine Grußverweigerung zuläßt.

4. Allen uniformierten Beamten ist diese neue Grußbestimmung sofort zur Kenntnis zu bringen.

acs.: Jung.

Schutzhaft nicht angerechnet

Das Reichsgericht hat grundsätzlich entschieden, daß bei einer Verurteilung durch die Strafkammer eine etwaige Schutzhaftzeit nicht auf die Strafkammer angerechnet werden darf. Die Schutzhaft diene polizeilichen Zwecken und könne nicht mit der Untersuchungshaft verglichen werden, deren Anrechnung allein auf eine Strafkammer nach dem Gesetz in Frage kommen kann. — Das Reichsgericht scheint die „Schutzhaft“ als ein Vergnügen zu betrachten.

Reformiertes deutsches Kirchenlied

Wir stehen in Dachau beim Prügeln habt acht,
Wir stehen in Tegel Tüte um Tüte...
H's hierher hat uns Gott gebracht
In seiner großen Güte.
Halleluja!

Wir trotten in Feldrau, Schuß um Schuß
Zum Arbeitsdienst, Werke des Friedens zu schaffen...
Ein feste Burg ist unser Krupp,
Ein gute Wehr und Waffen.
Halleluja!

Wir sprachen am Wahltag mit frohem Gesicht
(Denn unsere Führer standen daneben):
Hitler meine Inverricht
Und mein Heiland ist im Leben.
Halleluja!

Wir stehen habt acht, wir gehen in Reich'n
Am Henker vorüber, verzerrten Gesichtes,
Zum Lechten entwürdig, in Schmach und in Pein,
Die Lechten werden die Erben sein,
Am Tage des Gerichtes.
Amen

Die Bauern mögen nicht

(Inprek.) Die „Pommersche Zeitung“ veröffentlicht folgenden Befehl des Landesbauernführers Biddern:

„Vorder ist das Ergebnis der Kartoffelsspenden für das Winterhilfswerk weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben; einige Kreise haben fast ganz verzielt... Ich fordere daher, daß die Kartoffelsspendung in demselben Umfang wie das erste Mal wiederholt wird, und ich wünsche, daß diese ein Ergebnis aufweist, das tatsächlich als Spende anerkannt werden kann. Die zweite Sammlung ist innerhalb 10 Tagen restlos durchzuführen und zur Verladung zu bringen. Heil Hitler!“

Steigende Kaufkraft in Deutschland?

Tatsachen gegen Fantasien

Das Ergebnis der „Volksabstimmung“ war für die Regierung des „dritten Reiches“, wie in der ganzen Welt nicht anders erwartet wurde, erfolgreich. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat während der bisherigen Herrschaft der Hitlerregierung nach Angaben des Statistischen Reichsamtes ebenfalls einen „Erfolg“ gezeitigt, und zwar eine Verminderung der Erwerbslosen um etwa zwei Millionen, die nach den amtlichen Angaben ohne Rücksicht auf die Saisoninflüsse auch im Spätherbst noch andauern soll. Die Frage, in welcher Höhe den wirklichen „Ja“-Stimmen bei der Volkswahl solche von eigentlichen Gegnern des Regimes gegenüberstünden, soll hier ebensowenig im einzelnen erörtert werden, wie die heikle Frage, ob denn dem behaupteten Rückgang der Erwerbslosen tatsächlich auch eine entsprechende Steigerung der Beschäftigtenziffer gegenüber steht. In diesen Tagen, in denen sich die Hitler-Regierung mit mehr oder minder Erfolg die Aufgabe setzen wird, ihren politischen „Sieg“ außenpolitisch zu verwerfen, liegt die Frage nach dem eigentlichen Charakter des vom Statistischen Reichsamte behaupteten Sieges gegen die Arbeitslosigkeit sehr nahe. Wäre ein solcher Sieg wirklich vorhanden, so müßte eine einigermaßen entsprechende Steigerung der Kaufkraft seine zwingende Folge darstellen. Um das Verhältnis von Arbeitsbeschaffung und Kaufkraftsteigerung einigermaßen präzise — und zwar nach Möglichkeit an der Hand der von der deutschen Statistik selbst verbreiteten, wenn auch nicht immer ganz einwandfreien Ziffern — nachzuprüfen, muß man sich zunächst darüber klar sein, daß eine wirkliche Steigerung der Kaufkraft als Folge von Erhöhungen der Lohnsumme und Steigerung der Zahl der Beschäftigten entsprechende erhebliche Umsatzerhöhungen im Kleinhandel hervorgerufen müßte, weil ja diese Lohnsummen-Erhöhungen in erster Reihe, ja nahezu ausschließlich in die Hände wandern, wo Arbeiter und Angestellte ihren Bedarf decken.

Umsatzveränderung September 1933 gegen September 1929 in Prozenten:

Warengruppe	Warenhäuser	Kaufhäuser	Nachgeschäfte
Lebensmittel	- 24,8	-	+ 0,7
Textilien und Bekleidung	- 15,4	- 12,7	+ 9,9
Gaudrat und Möbel	- 14,9	- 0,3	+ 13,0

Die von der deutschen Forschungsstelle für den Handel und vom Berliner Konjunkturforschungsinstitut immer wieder betonte Umsatzsteigerung der Nachgeschäfte wird also durch den Umsatzrückgang der Waren- und Kaufhäuser nicht nur nicht ausgeglichen, sondern so stark übertroffen, daß sich eine erhebliche Umsatzverminderung im gesamten Detailhandel als Endergebnis feststellen läßt.

Ihre ganze Bedeutung gewinnen diese Ziffern aber erst, wenn man berücksichtigt, daß das Statistische Reichsamte gleichzeitig eine erhebliche Erhöhung der Lohnsummen infolge einer Verminderung der Arbeitslosigkeit usw. nachzuweisen versucht.

Das Konjunkturforschungsinstitut stellt nämlich fest, daß in den ersten neun Monaten die Beschäftigtenzahl in Deutschland um nicht weniger als 23 Prozent gestiegen sein soll und daß gleichzeitig auch eine Erhöhung der Arbeitszeit im Tagesdurchschnitt von 6,7 auf 7,17 Stunden, also um mehr als 7 Prozent, festzustellen sei. Da gleichzeitig immer wieder betont wird, daß die Arbeitslöhne in Deutschland nicht zurückgegangen sind, so hätte sich also eine gewaltige Steigerung der Lohnsumme, des gesamten deutschen Arbeitseinkommens ergeben.

Die oben wiedergegebenen — ebenfalls amtlichen — Ziffern für die Einzelhandelsumsätze stehen allerdings zu diesen Behauptungen in einem nicht auflösbaren Widerspruch. Nach ihnen ist nämlich die gesamte Kaufkraft nicht um ein Drittel gestiegen, sondern um eine Quote zurückgegangen, die von unverbesserlichen Optimisten wie der Forschungsstelle für den deutschen Handel mit 17 bis 20 Prozent, von Pessimisten sogar mit circa 30 Prozent angelegt wird. Rein theoretisch bliebe nun die Annahme übrig, daß die Arbeiter und Angestellten vielleicht die erhöhte Kaufkraft nicht zum Ankauf von Lebensmitteln und anderen Waren benutzt, sondern ausgelammelt, also gewissermaßen gespart hätten. Ganz abgesehen davon, daß weder die Statistik der Sparkassen usw. in Deutschland noch der gesunde Menschenverstand, der bei der außerordentlichen

Verfälscherung der Lebenshaltung, der Auspowerng an jeder Substanz und der Steifigkeit hinsichtlich der Zukunft des deutschen Geldwertes eine solche Auffassung als grotesk ansehen muß, hierfür irgendeinen Anhaltspunkt bietet, zeigen aber auch die eigenen Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes über das Nettoeinkommen der deutschen Bevölkerung deutlich die Unhaltbarkeit der Behauptung einer wirklichen Besserung der Beschäftigungslage in dem zu rein propagandistischen Zwecken veröffentlichten Umfange.

Das deutsche Arbeitseinkommen stellte sich nach den Berechnungen des Instituts im ersten Quartal 1933 auf 6 Milliarden Mark. Eine Erhöhung um 32 Prozent, wie es den Angaben über die Erhöhung der Arbeitszeit bei unveränderten Löhnen und denjenigen über die Steigerung der Beschäftigtenziffer entsprechen würde, müßte aber das Arbeitseinkommen unbedingt von diesen sechs Milliarden Mark im ersten auf acht Milliarden Mark im dritten Quartal erhöht haben.

Statt dessen begnügt sich das Konjunkturforschungsinstitut mit der schlichten Feststellung, daß sich das deutsche Arbeitseinkommen vom ersten bis zum dritten Quartal von 6 auf 6,8 Milliarden, also um ganze 800 Millionen Mark erhöht habe. Es würde zu weit führen, wenn man in diesem Rahmen den präzisen Nachweis antreten wollte, daß auch eine solche konjunkturelle Erhöhung um selbst nur 800 Millionen nicht statgefunden hat. Rein saisonmäßig bringt die wärmere Jahreszeit natürlich schon mit Rücksicht auf Baugewerbe und Landarbeit eine gewisse Erhöhung der Lohnsummen, von denen dann natürlich die während dieser Zeit nicht gezahlten Unterhaltungsbeiträge abgezogen werden müßten. Bei einer Verminderung der Arbeitslosigkeit um zwei Millionen Menschen, wie sie in Deutschland amtlich nach wie vor behauptet wird, müßte diese Erhöhung an Unterhaltungen und die hierdurch entstehende Kaufkraftverminderung tatsächlich einen recht erheblichen Teil der 800 Millionen um die das Arbeitseinkommen gelegen sein soll, verschlingen. Man lasse aber diese Frage einmal völlig offen, obwohl es genügend präzise Möglichkeiten gibt, um nachzuweisen, daß auch nicht einmal diese Steigerung der Lohnsumme von 8 auf 6,8 Milliarden RM. eingetreten sein kann.

Unterstellt man einmal diese Behauptung der Aufbesserung des Einkommens der deutschen Arbeiterschaft während der Regierungszeit Hitlers um 800 Millionen als wahr, so bedeutet dies doch immer nur eine Lohnsummen- und Kaufkraftsteigerung von 13 bis 14 Prozent gegenüber den 32 Prozent, um die das Arbeitseinkommen nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes gestiegen sein soll.

Ist die Steigerung der Kaufkraft in Deutschland, die Erhöhung der Umsatzziffern, die viel gerühmte „Anurbelung der Wirtschaft“ durch das Hitler-Regime also echt? Ein nüchterer Vergleich der zahlenmäßigen Tatsachen beweist, selbst wenn man mit einer gewissen Ueberwindung immer wieder nur die eigenen Angaben der Amtsstellen des „dritten Reiches“ benutzt, daß Gegenteil. Und der große „Sieg“ an der Arbeitsfront, der in dem Rückgang der Erwerbslosigkeit um zwei Millionen Menschen zu dem — wenigstens in Deutschland ohne Lebensgefähr — nicht zu bezweifelnden Ausdruck gekommen ist? Daß ein sehr beträchtlicher Teil auf die Notwendigkeit der Konjunktur zurückzuführen ist, wird heute von Statistikern und Konjunkturpolitikern der ganzen Welt außerhalb der Grenzen des „dritten Reiches“ kaum mehr bezweifelt. Was aber den immer noch recht erheblichen Rest dieser berühmten zwei Millionen „Neubeschäftigten“ angeht, ist es empfehlenswert, die Zahl der Zwangsarbeiter in der nachfolgenden Aufstellung zu betrachten, die im letzten Monatsbericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, also ebenfalls einer hoch offiziellen Amtsstelle veröffentlicht wird.

Wir finden hier angegeben 257 257 Arbeitsdienwillige, 188 551 Notstandsarbeiter, 70 000 Notstandsarbeiter der Kommunen, 165 230 Landarbeiter. Zu diesen 670 000 „Neubeschäftigten“, die angegeben sind, kommen 70 000 Anstalten der Konzentration, die auch nicht mehr arbeitslos sind, obwohl die Amtsstelle sie in ihrer Statistik nicht aufnimmt. Bei 750 000 so gut wie unbezahlten Zwangsarbeitern und einem mindestens 20prozentigen Rückgang der Kleinhandelsumsätze wird man im Zusammenhang mit den anderen von der deutschen gleichgeschalteten Statistik veröffentlichten Ziffern leicht ein Bild davon gewinnen, wie es um den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Steigerung der Kaufkraft Deutschlands heute in Wirklichkeit steht.

Der Pelzwäscher

Wie Ley die Preise herabsetzen will

Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront schämt über von Ideen. Eben erst hat er den Kult des Feiernabendsgang im Stile der Welken proklamiert, nämlich er hat angeordnet,

daß die vom deutschen Arbeitsmenschen (!) bisher für Streik und Ausperrung gegebenen Beträge jetzt im nationalsozialistischen Deutschland dazu dienen werden, den deutschen Menschen wieder froh und ausgerubt zu machen. Wie wir zuverlässig erfahren, hat daraufhin die Arbeitsfront beschlossen, zu ihrem Kampflied den beliebten Kanon zu erheben:

O wie wohl ist mir am Abend,
Wenn zur Ruh die Glocken läuten:
Sim—sam!

Aber damit noch nicht genug. Als nächstes plant Ley — man traue den Ohren nicht — eine große Preisensenkungsaktion. Man lese darüber im Wolff-Bericht:

Schließlich kündigte Dr. Ley eine große Propagandaaktion der Deutschen Arbeitsfront an, die unter dem Motto: „Herunter mit den Preisen!“ im ganzen Volk den Widerball finden werde, der notwendig sei, um die Lebenshaltung des schaffenden Volkes zu heben, abgesehen von den Preiserhöhungen, die das Reichskabinett zur Sicherung der Landwirtschaft veranlaßt habe.

Neues Arbeitsethos

Zwischen der Stadt Läden und dem Büro- und Behördenangestelltenverband ist nach dem „Deutschen Volkswirt“ (Nr. 7) ein Tarifvertrag zustande gekommen, „der mutig eine Bresche in das überkommene System schlägt.“ Er gibt nämlich dem „Trennbänder“ alle Macht, hatuiert die Rechts- und Arbeitslosigkeit der „Marxisten“ als dauernden Zustand und schließt auch selbstverständlich alle Nichtarier aus. Und das Ganze heißt „neues Arbeitsethos“.

Wer putzt die Schuhe, „er“ oder „sie“?

Unter diesem Titel antwortet Frieda W. in der „Metallarbeiter-Zeitung“: „Natürlich müssen Sie als Frau die Schuhe putzen. Das ist doch einfach selbstverständlich. Er verdient das Geld, und Sie sorgen für sämtliche Hausarbeiten...“

Die Gastwirte enttäuscht

Ein Nachblatt stellt fest, daß sich das Gastwirts-gewerbe in einer Art struktureller Schrumpfung befindet. Grund: Antialkoholbewegung, Radio und — „für die letzten Monate dürfte mitspielen, daß auch das Vereinsleben — von jeder ein wichtiger Träger des Gaststättenumsatzes — mit der Auflösung oder Umbildung zahlreicher Verbände an Bedeutung verloren hat.“

Mit allen Mitteln . . .

Der bairische Minister des Innern veröffentlicht unter N. Nr. 8 P. 1200 folgenden Erlaß: „Der Erfolg im Kampf für die Arbeit hängt im Wesentlichen auch mit davon ab, daß die Schwarzarbeit und Sonntagsarbeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterbunden wird. Wir weisen daher die Polizeibehörden an, alle Uebertretungen gewerbe-rechtlicher Art, welche von Schwarzarbeitern vorgenommen werden mit der nötigen Strenge zu verfolgen.“ — Die Verfolgung der Erwerbslosen, die nebenher ein paar Pfennig verdienen, ist eine Hauptfrage des „dritten Reiches“.

Dr. Bier?

„Der Franerei-Berichts-Anstalt bei der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin ist das Promotionsrecht verliessen.“

Sittensprüche

Die „Grünen Briefe für Politik und Wirtschaft“ (Nr. 76) geben folgende Sittensprüche von sich: „Stets nach dem angemessenen, dem gerechten Preis streben. Ein Arzt, der ohne Rücksicht auf die materielle Lage des Patienten unangemessen hohe Liquidationen anschreibt, ist kein Nationalsozialist, auch wenn er der NSDAP angehört. Ebenso ein Mann, der eine ihm zugedachte Aufgabe nur deshalb nicht übernimmt, weil sie ihm zu wenig einbringt. Selbstverständlich sind die Ansichten darüber verschieden, aber eine durchschnittliche Norm wird sich immer feststellen lassen. Arbeitgeber, die Gehälter und Löhne unter Tarif bezahlen, obwohl der Betrieb genug einbringt, sind ebensowenig Nationalsozialisten wie Arbeitnehmer, die ohne Rücksicht auf die Lage ihres Betriebes Tarifentlohnung fordern.“

Aus solchen Gemeinplätzen besteht heute die Volkswirtschaftslehre in Deutschland.

Die Landplage

Selbst den Nazis wurde es zuviel!

Röhm, der Stabschef der SA, hat einen Erlaß herausgegeben, der den als „Sammlungen“ markierten Erpressungen der braunen Horden steuern soll.

Röhm betont darin, daß das Sammeln von Geld sowie das Werben für alle möglichen Schriften und sonstigen Erzeugnisse bei allen Gelegenheiten und an allen Orten einen oft unerträglichen Umfang angenommen habe und manchmal zu einer wahren Landplage geworden sei. Es gebe auf die Dauer nicht an, daß das Publikum auf der Straße, in Gaststätten, Theatern oder an sonstigen Stellen, wo es Erholung und Ablenkung suche, immer wieder durch sammelnde oder verkaufende SA-Männer unter moralischen Druck gesetzt werde. Abgesehen davon, daß darunter die Beliebtheit der SA im Volke leide, untergrabe jede Veräußerung von SA-Zugehörigkeit mit geschäftlichen Angelegenheiten das Ansehen der SA in der Öffentlichkeit und schädige in jeder Beziehung ihren Geist.

Die gleichgeschaltete „Germania“ nennt ganz entzückt diesen Erlaß „der Volksmehrheit aus dem Herzen gesprochen“. Und zeigt er an, zu welchen Dimensionen die Erpressertätigkeit bereits gediehen war. Uebrigens jubelt das Bürgerertum zu früh. Leben muß die SA, so oder so, Röhm wäre der letzte, seinen Landbescheiden die Existenz abzuschnelden. Man wird nun nur die zentral geregelte Erpressung — siehe Eintopfsonntag usw. — an Stelle der individuellen „wilden“ setzen.

Bürgerkriegsübungen

In Weßhoven bei Köln besteht ein „Arbeitsdienstlager“ des Deutschen Handlungsgeschäftsverbands. Es umfaßt 100 Insassen. Sie werden nicht nur am Gewehr 98 ausgebildet; sie führen Gelände- und Bürgerkriegsübungen durch, wie Besetzung einer Fabrik, Tarnung und Befestigung einer Stellung usw.

Im Arbeitsdienstlager Korfchenbreich wird außerdem regelmäßig Handgranatenwerfen geübt.

Industrialisierung Ostpreußens

Mit Staatssubventionen und auf Kosten der Arbeiter

Herr R. Kircher von der „Frankfurter Zeitung“ ist nicht nur Stadtkomponist des Herrn Hitler. Neuerdings ist er auch Frankfenerbläser für den „Sieger“ in der ostpreussischen Arbeitsfront, den Oberpräsidenten Erich Koch. Der will Ostpreußen industrialisieren. Da die deutsche Industriekapazität jetzt schon nur zu einem Bruchteil ausgenutzt ist, geben die Fantasien der Herren dahin, die Gebiete um die Ostsee für die werdende ostpreussische Industrie zu gewinnen. Vorbedingung ist natürlich die Rentabilität. Wie die hergestellt werden soll, verrät uns Herr R. K. in folgenden Sätzen:

Wing man den nächsten gedanklichen Schritt, so war es dieser: wie müssen die wirtschaftlichen Bedingungen ausfallen, damit industrielle Unternehmer überhaupt den nötigen Anreiz finden, in der heutigen Zeit sich mit diesen hüßlichen Aufgaben praktisch zu beschäftigen? Die Antwort war: Ökonomie muß gleichsam zu einer Dase werden — die Vorteile für den Unternehmer müssen in die Augen springen. Der fühne Vorschlag heißt: Dablierung der Steuern Reichs- und Gemeindefreuen) und der Soziallasten, sowie eine generelle Frachtbille. Dazu Senkung der Zinsen und Beweglichkeit im Vohntarif, wobei zu bedenken sei, daß einmal die angränzenden Slawen ungleich geringere Produktionskosten tragen, zweitens, daß die billigeren Lebensverhältnisse Ostpreußens ein niedrigeres Lohnniveau im Vergleich zum allgemeinen reichsdeutschen Niveau erlauben. Die sich bildende ostpreussische Industrie soll nach dem Adnalsberger Vorschlag darüber hinaus bekanntlich durch ein Vorkleberrecht in Bezug auf den Bedarf des Reichs, der Provinz und Gemeinden usw. ausgestattet werden (bis zu einer gewissen Quote und unter der Voraussetzung, daß die be-

treffenden Unternehmer imstande sind, sich abgesehen von einem entsprechenden Betrag an regulären Aufträgen zu sichern). Schließlich denkt man an Kreditbille durch eine Dispreußenanleihe.

Mithin: zu den Milliardensubventionen, die im Laufe der Jahre an Vorbille und durch Lebensmittelschleude den Großgrundbesitzern gemacht worden sind, sollen nun Steuererleichterungen an ostpreussische Industrieunternehmer hinzukommen. Außerdem soll das geplante Dumping durch schrittweisen Lohndruck ermöglicht werden.

Das sind allerlei Anstalten, nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Unternehmer anderer deutscher Gebiete, die natürlich hinter den für Ostpreußen gewährten Vorteilen nicht zurückbleiben wollen und sich gegen Subventionen für Ostpreußen wehren werden, wenn nicht auch für sie entsprechend große Gaben abfallen. Der ostpreussische Wirtschaftspartikularismus wird noch zu großen Schwierigkeiten führen.

Zwangsinnungen

Die Errichtung von Zwangsinnungen greift immer mehr um sich. Im Oktober wurden in Halberstadt und Stendal für das Rüstungsgewerbe Zwangsinnungen errichtet; in Magdeburg und Halberstadt für das Elektrowerke; in Halberstadt für das Pulvmachergewerbe; in Burg b. M. für das Inkalatengewerbe; in Magdeburg für das Kleidergewerbe; Mauer-, Zimmerer-, Betonbau- und Tischgewerbe sollen folgen. Im Schneidergewerbe werden die bestehenden Zwangsinnungen ausgebaut.

Reichskanzler gegen Bundeskanzler

Neue Zuspitzung im deutsch-österreichischen Konflikt

„Im Nebel“

Wien, 28. Nov. Die Untersuchung über den Grenzfall bei Kitzbühel ist momentan ins Stocken geraten, weil das Gebiet der Gegenseite in der letzten Zeit ständig unter Nebel liegt. Es wurde nur die Stelle festgestellt, wo sich die Bluttasche befand. Es ist notwendig, erst Grenzvermessungen durchzuführen. Jedenfalls ist sicher, daß sich der Vorfall, der zu dem Zwischenfall geführt hat, ganz unmittelbar an der Grenze abgespielt hat. Die Untersuchung wird von den österreichischen wie auch von den deutschen Grenzorganen selbstständig geführt. Am Sonntag haben die Untersuchungskommissionen an Ort und Stelle gemeinsame Feststellungen gemacht. Eine Mitteilung über das Ergebnis der österreichischen Kommission liegt bisher noch nicht vor.

Die deutschen Berichte behaupten demgegenüber, daß der Reichswehrsoldat Schumacher auf deutschem Boden erschossen worden sei.

Kein Anschluß

Bundeskanzler Dollfuß hat am Sonntag in Amstetten bei Wien u. a. ausgeführt:

Ich habe immer und überall erklärt: Wir wollen und werden Österreich unabhängig erhalten, nicht nur als eigenen Staat, sondern auch innerpolitisch, und werden keine Einmischung in unsere Verhältnisse dulden. Unter dieser Voraussetzung habe ich immer unsere Bereitschaft zur Vereinigung der Mitteleuropäer betont. Es soll an uns nicht fehlen.

„Kraft durch Freude“ mit Ley

Es handelt sich darum, den Feierabend zu organisieren, und zwar von der Erkenntnis ausgehend, daß ein Staat, der wirklich mit dem Volk identisch und verbunden ist, das Volk niemals sich allein überlassen soll, sondern daß der Staat nicht nur die Arbeit, sondern auch den Feierabend organisieren muß.

Die braunen Machthaber halten die Massen in einer wahrhaft hysterischen Unruhe. Ihr schlechtes Gewissen treibt sie an, den Arbeitern etwas zu „bieten“. Die neueste Gabe, die Ley als Führer der sogenannten „deutschen Arbeitsfront“ seinen Untertanen überreicht, ist die „Organisation der Freizeit“ im Dienst der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung. Dieses Plakat bedeutet die vollkommene Inanspruchnahme der arbeitenden Menschen Deutschlands in ihren freien Stunden, wobei das italienische *Dopo lavoro* zum Vorbild genommen wird.

Im neudeutschen Stil wurde diese jüngste Institution mit einer Kundgebung eingeleitet. Neben den Ministern auch die Treuhänder der Arbeit, unter ihnen besonders prominent die Schwerindustriellen Thyssen und Bögl.

Zuerst sprach Göbbels, der den „glücklichen Stern“ pries, unter dem das neue Werk beginne. Dann kam Ley. Wer ihn kennt, der ahnt, welche Mühe es ihn gekostet haben mag, theoretisch gehaltene Ausführungen über das Wesen der Arbeitskraft und die Nationalisierung der Arbeitsmethoden vom Manuskript abzulesen. Man müsse, und das sei der Sinn der Freizeitorganisation, dem Volke die Nerven erhalten, denn nur mit einem nervenstarken Volke könne man Politik machen, wie schon der Führer gesagt habe. Die neue Organisation wolle auch den Unternehmer erlassen. Man werde überall im Lande Gemeinschaften bilden und allen Schichten und Klassen des Volkes, in denen man die besonderen Zweige der Kultur, Gesangsvereine, Theatervereine, Vergnügungsvereine, pflegen wolle. In jeder größeren Stadt wolle man zum Mittelpunkt des geselligen Lebens ein „Haus der deutschen Arbeit“ erheben. „Kraft durch Freude“ werde die neue Organisation heißen, mit einem Amt für Kultur, einem Amt für Erziehung des Volkes, einem Amt für Reisen und Wandern, einem Amt für die gegen-

Er redet von Blutschuld

Bei der Beerdigung des Reichswehrsoldaten Schumacher in Nürnberg sprach u. a. auch der Reichskanzler. Er polemisierte heftig gegen die österreichische Regierung:

Die Mörder dieses deutschen Soldaten sind nicht identisch mit den Millionen unserer Stammesbrüder jenseits der Grenze! Würden diese Stammesbrüder die Möglichkeit besitzen, ihre Stimme frei zu erheben, so würden sie sich felerlich los-sagen von den Mörder und Prinzipien, aus denen diese Blutschuld erwuchs. Ich bin überzeugt, daß das Bekenntnis auch drüben kein anderes sein würde, als es hier im Reich heute bereits ist. Deshalb über-dürfte, so betonte der Führer, für uns dieser Opferfall nicht eine Quelle neuer Erbitterung, sondern Weisung für einen Zeugen des Glaubens werden, für einen Zeugen für diese neue Gemeinschaft.

Der Kamerad der Mörder von Potempa, der Verantwortliche für Hunderttausende blutige Schandtat seiner SA und SS, redet von Blutschuld, von Mörder und von Prinzipien, aus denen solche Untaten erwachsen!

Der Vernichter jeder freien Selbstbestimmung im Innern Deutschlands, der Reichskanzler, in dessen Namen unge-zählte Wahlstimmen gefälscht oder beseitigt wurden, wie wir nachgewiesen haben, spricht von „Stimme frei er-heben“ — in Oesterreich!

Er soll sich mit Dollfuß vertragen, der in Oesterreich in zivilisierteren Formen und unter klerikalem Patronat im Grund dieselbe kapitalistisch-ständische Revolution will wie Hitler in Deutschland. Nur auf den Anschluß wird man verzichten müssen. Diesen Gedanken hat die Hitlerei gründlich zerstört.

seitige Selbsthilfe und Unterstützung, einem Amt für die Würde und Schönheit der Arbeit, einem Amt für Urlaub und einem Amt für Unterricht und Ausbildung.

Kurz, Herr Dr. Ley will den deutschen arbeitenden Menschen Kultur bringen und ihm gleichzeitig, wie er sagte, das überflüssige Fett fortnehmen, damit der Körper wieder die nötige Spannkraft erhalte. Arbeitslose und Kurzarbeiter gab es unter seinen Hörern nicht. Jeder der Herren, die ihm andächtig lauschten, wußte sich sicher in der Portion an Fett, die ihnen das Schicksal zugemessen hat. So meldete sich niemand, der Herrn Ley daran erinnerte, daß Millionen für diesen kleinen Ueberfluß dankbar wären.

Fantastische Pläne über die fruchtbare Anwendung der Freizeit, über Museumsbesuche und Reisen wurden dann entworfen. Man sah Generaldirektor und Hilfsarbeiter Hand in Hand vor den Bildern alter Meister und in Sommerfrischen, wo der See zum Bade ladet. Er sah sie weiter — das war Herr Ley besonders sympathisch — auch an Tischen, wo das Bier frohlich schäumt und die Freizeitkultur ihre höchsten Weihen erhält.

Also sprach Ley über „Kraft und Freude“. Es gab begeisterten Beifall. Nach ihm sprach Seidte von Liebe und Reichswirtschaftsminister Schmitt von der großen Inter-essenharmonie aller Berufe und Stände.

Man könnte über dieses neue Organisationswerk ernstlich reden, wenn diejenigen, die es heute in tönenden Worten verkünden, den Willen und die Kraft hätten, es zu verwirklichen. Sie sprachen vom Sozialismus — und schenkten alle Macht der Schwerindustrie. Sie redeten von der Befreiung des Arbeitsvolks — und raubten die Einrichtungen und die Rassen der Gewerkschaften. Jetzt reden sie von Freizeitorgani-sation und haben die Absicht, die arbeitenden Menschen auch in den Feierstunden völlig unter ihrem Einfluß zu bringen. Sie wollen sie beschäftigen vom Morgen bis Mitternacht, um zu verhindern, daß nach der Arbeitsanforderung die Kräfte des Widerstands gegen Terror und Unterdrückung wach werden können.

Darum „Kultur“, darum „Erziehung“.

Wo sind die Würdenträger?

Eine Bosheit Fricks gegen Hitler

In der Gründungsfeier des „Ausschusses für Volks-gesundheitsdienst“ hielt der Reichsinnenminister Dr. Frick die Gründungsrede, in der er mit besonderem Nachdruck für Ehe und Kinderreichum eintrat. Er sagte u. a.

Jetzt genügt es nicht, sich mit Worten für dieses Ziel einzusetzen, sondern man muß auch bereit sein, selbst für Volk und Staat zu leben! Der Sieg der erbgelunden kinder-reichen Familie entscheidet über das Leben und die Erhal-tung des deutschen Volkes im Herzen Europas! Ich er-innere an die Worte Mussolinis, der an hervorragender Stelle schonungslos die Wahrheit sagte, indem er bittere Anklage erhob: „Wo sind die Würdenträger des Faschismus, die eine kinderreiche Familie, d. h. nicht weniger als fünf Kinder, haben? Wo sind die Präfekten und Verbandssekretäre, die Oberbürgermeister, die Präsidenten, die Organi-sationen und Abgeordneten? Wo sind sie und wie viele sind ihrer? Schaut einmal in die erste Reihe der Theaterzüge! Schloßfaßel und Unfruchtbarkeit auf der ganzen Linie!“

Schon in diesen Worten mußte man eine starke Spitze gegen die ehe- und kinderlosen Großwürdenträger des Nationalsozialismus, gegen die Hitler, Frick und Röhm sehen. Frick wurde aber noch deutlicher, indem er boshaft fortfuhr:

Unser Führer, der sich selbst für unser Volk bis zur Verleugnung der eigenen Person einsetzt, braucht Männer, die die von ihm als richtig erkannten Gedanken und Ziele auch durchführen.

Und scheint im Sinne der Frickschen Gedankengänge brauchte Hitler zunächst eine Frau...

Abgesehen von Lebensmittelverleihen... Ah so! Und (natürlich auch) abgesehen von den Wohnungsmieten. Nun aber frage man einmal herum, was bei dem unter Hitler erreichten Tiefstand der Löhne der Arbeiter außer für Essen und Miete noch ausbleibt. Die Krise rührt ja zum großen Teil daher, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung, die Rohhandarbeiter, Unterhaltungsempfänger usw., Industrieerzeugnisse so gut wie gar nicht mehr kauft. Und selbst der besser entlohnte qualifizierte Arbeiter, Knackstulle usw. ist froh, wenn er über Miete, Essen, und nicht zu vergessen, die vielen von ihm erreichten Abgaben, auch nur ein Zehntel seines Einkommens für andere Zwecke übrig behält. Aber noch eine weitere Frage tritt für diese Kreise hinzu: Auf welchen Kosten wird die Verbilligung der Industrieerzeugnisse geschehen? Der verteuerte Zwischenhandel der kleinen Ladenbesitzer wird ja von den Nazis in jeder Weise geschützt, den Unternehmerprofit rühren sie auch nicht an, also werden die Arbeiter und Angestellten als Produzenten mit ihren Löhnen für das Aufkommen müssen, was man ihnen als Konsumenten gibt. Und Preisverbilligungsaktion ist die typische Weltwache, bei der der Preis nicht nah gemacht werden darf.

Der Mohr kann gehn

Freikorps-Konkurrenz für die SA nicht geduldet!

In einem Erlaß verbietet der Stabschef der SA die Zugehörigkeit zu angeblich neuen Bänden, die in letzter Zeit unter dem Eindruck der Feste und Erntee-rntungsfeierlichkeiten entstanden seien. Wörtlich heißt es in dem Erlaß:

Es bestehen an sich schon immer noch viel Ver-eine, die Bildung neuer ist ein großer Unfug. Es ist jetzt endlich einmal an der Zeit, den Maßstab ausschließlich nach vorwärts zu richten. Die Taten der Frei-korps, der Bände und Verbände gehören der Ge-schichte an. Sie sind jedenfalls abgeschloffen. Männer, die in ihren Reihen gesichtet haben, in gänzlich überflüssigen Vereinen künstlich zusammenzufassen, widerspricht ganz dem Geiste, aus dem die geleisteten Taten erwachsen.

Am 8. November 1933 ist mit der Uebergabe der Freikorps-Bahnen an die SA, auch symbolisch dieser Akt zum Ausdruck gekommen. Ich bin als Stellvertreter des Obersten SA-Führers nicht geneigt, diesem Treiben weiterhin ruhig zuzusehen, und ich beantrage die Sonderbefehlsmächtigten oder Sonderbeauftragten des Obersten SA-Führers, im Rahmen ihrer Zuständigkeit dieser Vereinsmeierei ein Ende zu bereiten.

Es geht natürlich nicht gegen die „Vereinsmeierei“, wie der Erlaß glauben machen will. Gerade der berühmten „Volksverbundenheit“ der heutigen Regierung würde ein Angeben gegen eine so ferndeutsche Sitte schlecht anstehen. Nein, es handelt sich für Hitler und Röhm darum, alle auch nur denkbaren Krisisaktionspunkte, um die eine Oppo-sition gegen den unbeschränkten Despotismus sich sammeln könnte, zu zerstören. Die harten Ausdrücke, mit denen der Erlaß den Zusammenhalt der einst verführten Freikorps-schmiedt („gänzlich überflüssig“ — „dieses Treiben“ — „Ver-einsmeierei“), scheint anzudeuten, daß man dort in der Tat ungenutzte als in der streng überwachten SA von der Regierung gesprochen hat.

7400 Seiten Protokoll

(Jupreh.) Die stenographischen Protokolle im Reichstags-brand-Prozess, die jeden Tag 150 bis 200 Seiten füllten, um-fassen bis jetzt 7400 Seiten. Wie erfahren weiter, daß schon in der Voruntersuchung nicht weniger als 500 Personen ein-vernommen worden sind.

Kirchenblatt verboten

(Jupreh.) Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das katholische Kirchenblatt für Boddenberg „Insegnend“ bis zum 18. Dezember verboten.

Sogar der Papst?

(Jupreh.) Die „Mensburger Nachrichten“ teilen mit: In Deutschland sind, wenn auch sehr verhalten, (?) mitunter An-griffe auf den gegenwärtigen Papst erhoben worden. In jüngster Zeit hat eine in Hamburg erscheinende Zeitschrift die Behauptung aufgestellt, daß der Papst jüdischer Abstam-mung sei und daß seine Mutter eine holländische Jüdin namens Pippmann wäre...

Im Polizeipräsidium erschlagen

Im Düsseldorf-Polizeipräsidium wurde vergangene Woche der kommunistische Arbeiter Janes aus Venrath zu Tode geprügelt. Den Angehörigen meldete man „Selbst-mord“. Bei Vernehmung der Leiche wurde festgestellt, daß der Körper vom Kopf bis zu den Füßen blau und schwarze Striemen aufwies.

An der Grenze verhaftet

(Jupreh.) Der sozialdemokratische Zeitungsredakteur Pen-nerts wurde an der deutsch-holländischen Grenze von zwei deutschen Grenzbeamten verhaftet. Er hatte sich versehentlich nur wenige Meter auf deutsches Gebiet begeben, wurde über-fallen, niedergebunden und nach der deutschen Stadt Her-sogenthras verschleppt. Ueber sein weiteres Schicksal verlanget nur, daß er vor Gericht gestellt werden soll, weil in seinem Besitz verbotene Zeitungen gefunden wurden.

Gogarten in Führung

Überall bedeutende Protestanten in Aufstand

Immer höhere Wellen schlägt der Kampf im protestantischen Lager. Es ist ein Aufstand des Glaubens und des Geistes gegen die rohe Gewalt und ihren Einbruch ins Kirchenreich. Die Führer des Protestantismus — hier Führer im echten Wortsinne — fallen in besten Scharen ab von den Deutschen Christen. An ihrer Spitze steht kein geringerer als der be-deutende Theologe Dr. Friedrich Gogarten, der mit Karl Barth die Erneuerung des deutschen Protestantismus in weltbekannten Schriften und Thesen eingeleitet hat. Die Stellung des Reichsbischofs Müller, der noch immer von ungefährteter Einheit der Evangelischen Kirche spricht, wird immer verzweifelter.

Der weit über den Kreis der theologischen Wissenschaft hinaus bekannte Theologieprofessor Dr. Friedrich Gogarten (Wrocław), der in seiner theologischen Wirksamkeit wiederholt für die Sache der Deutschen Christen ein-getreten ist, hat sich von der Berliner Reichsleitung getrennt. Mit ihm haben die hinter ihm stehenden Pfarrkreise in Schlesien, Sachsen und Thüringen die Trennung vollzogen. — Prof. Dr. Schuman in Halle, der während der letzten Monate im Stab des jetzigen Reichsbischofs an dem kirchlichen Reformwerk führend beteiligt war und neben dem schon aus-getretenen Professor Fezer der einflussreichen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche bis zur Nationalkonferenz an-gehörte, hat seine Verbindung zu dem Reichsführer der Deutschen Christen, Bischof Rosenfelder, gelöst. Seinem Pro-fessorsamt hat sich Professor Kohlmeier von der Theo-logischen Fakultät Halle angeschlossen, ebenso der bedeutende

Thüringer Theologieprofessor Gerhard Kettel. — Durch die Vorgänge auf der Weimarer Reichstagung der Deutschen Christen veranlaßt, haben die in der Glaubensbewegung der Deutschen Christen in Heilen führenden Theologen der Viehener Universität, Professor Heinrich Bornkamm und Professor Paechchen, ihre Beziehungen zur Berliner Reichsleitung abgebrochen. — Die bisherige Führung der Glaubensbewegung Deutsche Christen in Württemberg, die sich vor einigen Tagen von der Reichsleitung getrennt hat, veröffentlicht eine Erklärung, in der der Austritt Professor Hezers als befreiende Tat begrüßt wird. Weiter wird gemeldet, daß von den etwa 1200 württem-bergischen Pfarrern sich innerhalb von vier Tagen annähernd 1100 Pfarrer für ihren Landesbischof Dr. Wurm erklärt haben. Wurm gehört zu den Landesbischöfen, die sich von der Glaubensbewegung Deutsche Christen getrennt haben. — Jesus, nordisch und heldisch. Klages als Religionskritiker hat die „Grundzüge argemahnen deutschen Glaubens“ zu einem Buch zusammengefaßt. Er führt auf Grund der wissenschaftlichen theologischen Forschung zu der Wiederherstellung des Urevangeliums und damit zu dem Jesusbild des nordisch denkenden heldischen Menschen. Im Urevangelium Markus finden wir ein bei aller Schlichtheit eindrucksvolles, klares und einheitliches Charakterbild Jesu, das in allen seinen Zügen durch und durch indogermanisch, deutsch ist. Diese Wiederherstel-lung des Urevangeliums Jesu erst gibt die Möglichkeit, sein Leben und Werk in seiner wahren Bedeutung zu erfassen und legt den Grundstein für einen Neubau des Kirchenchristen-tums im Sinne einer echt deutschen Religion.

Friedrich Sieburg Ein Evangelist des „dritten Reiches“

Die „nationale Revolution“ in Deutschland, der „nationale Aufbruch“ des deutschen Volkes hat auf allen Gebieten sehr viel des Erbärmlichen im Menschen zur Schau gestellt. Angefangen bei der Unfähigkeit und teilweisen Feigheit der Führung von Massenorganisationen bis zur geistigen Verwilderung von Leuten, die sich als Demokraten, Liberale, als Anhänger und Verkünder der Humanität, der Menschenrechte betätigten und jetzt Künder, „Evangelisten“ des „dritten Reiches“ sind.

Einer vom Schlage der sich freiwillig Gleichgeschalteten, einer der Redakteure der „Frankfurter Zeitung“, sprach am Montagabend im Münstersaal in Basel. Studentenschaft und Quodlibet waren, so teilt die „Arbeiter-Zeitung“ mit, die Einberufer der Veranstaltung, Friedrich Sieburg der Redner, „Geistige Autarkie in Deutschland“ das Thema. Er nahm die ihm zuteil gewordene Bezeichnung, ein Evangelist des „dritten Reiches“ zu sein, für sich auf, um in einer reichlichen Stunde über das Geheimnis, den Mythos des deutschen Volkes eine Vorlesung zu halten. Niemals sei es notwendiger gewesen, dieses Geheimnis zu erklären, aber auch niemals schwieriger. Die Welt verstehe Deutschland nicht. Was wir Deutsche suchen und wollen, ist mehr als der Mensch, es ist der „deutsche Mensch“, wir wollen nur deutsch sein. Seit einem Jahre wußte Sieburg, daß in Deutschland der Nationalismus siegt. Es mußte nur einer das Wort auf Entzauberung finden. Es lag auf der Straße, es hing im Sternensraum. Hitler fand das Wort. Das geheime Deutschland wuchs heran. Die Jugend glaubt nur an Deutschland. Alles, was es irgendwo an internationalen Beziehungen gibt, hat seinen Wert verloren. Die Gewalt hat beim Umbruch nicht gefehlt. Das ist zu bedauern, die Opfer sind zu beklagen. Doch es herrscht Ordnung, die „nationale Revolution“ vollzog sich nach einem Plan. Und Goethe sagte schon: „Lieber ein Unrecht ertragen, als eine Unordnung.“ (Armer Goethe! Es fehlt bloß noch, daß Frick und Goethe gleichgesetzt werden, weil beide Polizeiminister in Thüringen waren.)

Wir wollen den sittlichen Frieden. Alle menschlichen Normen, Vernunft, Gerechtigkeit, Menschlichkeit sind zerstört. Es gibt in der Welt keinen sittlichen Boden mehr, deshalb wollen und müssen wir Deutsche ihn suchen und schaffen. (In Konzentrationslagern, Gefängnissen und Friedhöfen!)

Wir sind in Deutschland für die Autarkie. Wirtschaftlich aus Not, politisch aus Aufrichtigkeit und geistig aus Schicksal. (Brrr!) Wir wollen erst Nation werden, dann wenden wir uns wieder der Welt zu.

Bildung war das Schlagwort der Jahrhundertwende. Die geistige Autarkie ist wesentliches Deutschland. Gewiß, das „dritte Reich“ hat noch keinen Genius. Doch bei richtiger

Placierung des intellektuellen Lebens kann man den Weg für den Genius freimachen. (Welche Blasphemie!)

Und nun noch eine Kostprobe Sieburgschen Geschwafels: Die öffentlichen Meinungen sind immer idealistisch. Jedes Volk hat dafür seine besondere Norm. Der Krieg ist der Zusammenstoß der verschiedenen Normen. Deshalb sind die Völker alle „reinen Herzens“ in den Krieg gegangen. (Wie S. „reinen Herzens“ zu Josef Göbbels.) Oel, Kohle, Landeroberung stehen bei einem Kriege erst in zweiter Linie. Das sagt Sieburg, einer der Redakteure der einst hochangesehenen „Frankfurter Zeitung“, in deren Handesteil ab und zu auch heute noch das Gegenteil eines solchen Widersinns steht.

Das deutsche Volk geht bis zur geistigen Selbstverwundlung; wir haben den letzten Zipfel der Humanität fahren lassen. (Das kann man schon sagen.) Das Kommende ist noch nicht gesichert. Dann verlas Sieburg einen Schluß, der wie Brechreiz wirkte. Falsches Pathos, Superlativ an Superlativ, las vom klirrenden Winter in Deutschland, wünscht, daß bald Frühling werde, sagte dem welttrunkenen Deutschland Lebewohl usw. Gymnasianer haben für ihre „Schmalz“-professoren die Bezeichnung: „Wonnebrunser.“ Der „Evangelist“ des „dritten Reiches“ würde von Gymnasianern bestimmt diesen Titel erhalten.

Die Veranstalter hatten in ihrer Einladung gesagt: „Wir legen übrigens besonderen Wert auf die Feststellung, daß den beiden Veranstaltern irgendeine propagandistische Absicht fern liegt. Was wir wollen, ist Information und Auseinandersetzung.“ Sieburg wollte aber nicht, was die Veranstalter in ihrer Naivität wollten. Sieburg wollte und mußte wollen die Propaganda für das „dritte Reich“, wollte nicht und durfte nicht wollen eine Auseinandersetzung. Er ist, das bestreitet er ja schon gar nicht mehr: Beauftragter des Göbbelsschen Propagandaministeriums. Seine Stellung als Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Paris war aus sachlichen und persönlichen Gründen unhaltbar geworden. Er geht jetzt nach Warschau. In wessen Auftrag? Unnötige Frage! In wessen Solde? Wir bekommen keine Antwort. Wir wissen es auch so. Wenn die Absicht der deutschen Regierung gelingt, in Polen ein antisemitisches Feuer anzufachen, um der polnischen Regierung Schwierigkeiten zu machen, weil sich die polnische Regierung ihrer jüdischen Staatsangehörigen in Deutschland mit Nachdruck annimmt, werden wir an Friedrich Sieburg denken.

Vom „Gott in Frankreich“ über „Die rote Arktis“, über „Es werde Deutschland zum „Evangelisten“ des „dritten Reiches“. Welch ein Weg geistiger Verlotterung und Verwilderung! Es kommt der Tag der Morgenröte!

Ein solcher Akt der Konfiskation bedeutet eine Zerstörung der Eigentumsidee und hat mehr zerstörerische Wirkung als ein kommunistisches Manifest . . .

Der Sudetlopf

In der vom Rektor der Universität Frankfurt herausgegebenen Zeitschrift „Volk im Werden“ befindet sich folgendes Geschimpfe auf Einstein: „Es war einst verwunderlich zu sehen, wie die jüdische Weltpresse die Einsteinsche Relativitätstheorie, von der doch niemand etwas verstand, zu einem gewaltigen und umstürzenden Weltanschauungsprinzip hochgelobt hat, bis im ganzen Abendland zumal die philosophischen und anderen Professoren an den Schwindl glaubten . . . Das Gift hat gewirkt: der Wille zur Auflösung und Zersetzung, aus dem die Relativitätstheorie geboren war, wurde auf die Wirklichkeit übertragen und in alle Weltanschauung verflößt, bis nichts anderes mehr übrig blieb, wie die in der Glorie eines Weltprinzips erstrahlende Rechenformel des Herrn Einstein. Jüdischer Zerstörungsakt als Weltprinzip . . .“

Der kalte Pogrom

Studienreferendare

werden nach einem Rust-Erlaß vom 30. September 1933 nur dann zum Vorbereitungsdienst zugelassen, wenn sie a) arischer Abstammung sind, b) wenn sie den Nachweis für eine „besondere Tätigkeit oder Opferwilligkeit für die nationale Bewegung (Nachweis der Gauleiter), ferner erfolgreiche Tätigkeit bei der SA, SS., beim Stahlhelm, bei Jugendbünden, besonders Hitlerjugend, beim Geländesport, beim freiwilligen Arbeitsdienst“ usw. erbringen. Von vornherein sind alle Kandidaten darauf aufmerksam zu machen, „daß sie aus dem höheren Schuldienst entlassen werden, wenn sie mit einer Person nicht-arischer Abstammung die Ehe eingehen“. Das Verhältnis in der Auswahl „zwischen männlichen und weiblichen Studienreferendaren wird auf 4:1 festgesetzt“.

Ein Komma zuviel!

Die „Germania“ bringt ein Gedicht, das für die Winterhilfe werben soll. Das talentlose Machwerk schließt mit den Zeilen:

Jugend ruft alle!
Jugend ruft jeden!
Schlage den Nagel hinein!
Jugend will helfen!
Jugend will schützen!
Schlag nun, auf, schlag nun! Es gilt!

Die Mittelständler aus dem Hitler-Lager haben anscheinend bisher die letzte Zeile immer falsch gelesen, nämlich ohne das erste Komma: Schlag nun auf!

Wie ist doch die Zeitung so interessant

1. Wie ist doch die Zeitung so interessant,
So gleichgeschaltet im ganzen Land!
Was haben wir heute nicht alles vernommen!
Viel Nazis sind in den Reichstag gekommen,
Die SA. hat neue Hosen bekommen,
Marxisten wurden in Schutzhaft genommen,
Auf der Flucht sind welche umgekommen,
Bald werden wir in's Reich heimkommen
und in demselben dann verkommen.
Wie interessant! Wie interessant!
SIEG HEIL dem lieben Vaterland.

2. Wie ist doch die Zeitung so interessant,
geführt von Göbbels am Gleichschaltungsband.
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Eine Spaniole ist Staatsrat geworden,
Hitler trägt nur einen einzigen Orden,
Das Land ist befreit von roten Horden,
Vieles ist doch schon besser geworden,
Für's Eintopfgericht ist gesammelt worden.
Wie interessant! Wie interessant!
SIEG HEIL dem lieben Vaterland.

3. Wie ist doch die Zeitung so interessant,
in diesem braunen Vaterland.
Sie führt uns herrlichen Zeiten entgegen.
Schon wurden Autostraßen vergeben,
Ohne Autos können die Nazis nicht leben,
Der „Notring“ muß sich ja auch eins nehmen,
Bald wird sich Deutschland neu erheben,
Doch lebt es nur vom Opfer-Erheben,
Das Volk verdürbt — die Bonzen leben,
Wie interessant! Wie interessant!
SIEG HEIL dem lieben Vaterland.
Beinahe von: Hoffmann von Fallerleben

Eine Abbitte

In dem in der Tschechoslowakei erscheinenden „Graslitzer Volksblatt“ lesen wir diese Notiz:

„Die Schüsse von Marienbad“

Wir haben in unserer Ausgabe vom 2. September 1933, Nr. 101, einen Leitartikel unter obiger Ueberschrift und ferner einen weiteren Artikel unter der Ueberschrift „Der Fall Lessing und seine Folgen“ in derselben Nummer unseres Blattes veröffentlicht, in welcher wir über die Ermordung des Herrn Prof. Dr. Lessing berichtet haben. In diesem Zusammenhange haben wir eine ganze Reihe schmähernder und beleidigender Behauptungen über Herrn Prof. Dr. Lessing aufgestellt, insbesondere auch, daß Herr Prof. Dr. Lessing, der eigentlich Lazarus heißt, den Reichspräsidenten Hindenburg mit dem Massenmörder Haarmann verglichen habe.

Wir erklären hiermit, daß sämtliche in unseren Artikeln enthaltenen, auf Herrn Prof. Dr. Lessing bezüglichen beleidigenden Behauptungen auf unrichtigen Informationen beruht haben, daß wir nicht die Absicht hatten, das Andenken des ermordeten Herrn Prof. Dr. Lessing durch diese wahrheitswidrigen Behauptungen zu schmähen.

Wir bedauern es auf das Tiefste, daß die verleumdenden, das Andenken des Ermordeten verlegenden Behauptungen in die Spalten unseres Blattes Eingang gefunden haben und bitten für diese pietätlosen Beschimpfungen des Andenkens des Ermordeten um Entschuldigung.

Aus diesem Grunde haben wir uns im Vergleichswege zum Abdruck dieser Erklärung in unserem Blatte, sowie in den Zeitungen „Prager Tagblatt“ und „Sozialdemokrat“ verpflichtet und haben uns ferner verpflichtet, eine Geldstrafe von 200 Kr. zu wohlthätigen Zwecken zu erlegen und die Kosten der rechtsfreundlichen Vertretung der Klägerin, Frau Ada Lessing, an Herrn Dr. Egon Schwebel, Advokaten in Prag II, Národní tr. 24, zu bezahlen.

Die Schriftleitung des „Graslitzer Volksblatt“.

Zeit-Notizen

Justi

Der frühere Direktor der Berliner Nationalgalerie, Justi, der unter Wilhelm kaiserlich, nach 1918 „sozialistisch“ erschien und jedes Regime brav und treu bedient hat, ist von den Nazis nicht etwa entlassen, sondern als Kustos in ein Provinzmuseum gesteckt worden. Mit dem Direktor der Düsseldorfer Kunstakademie, Prof. Käbach, ist ebenso verfahren worden.

Die neue Aera

Die nationalsozialistische „Braunschweiger Tages-Zeitung“ teilt mit: „Das Ueberangebot von Akademikern in den technischen Berufen hat den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rust, veranlaßt, ein Merkblatt für diejenigen Schüler der höheren Lehranstalten herauszugeben, die ein technisch-wissenschaftliches Fach studieren wollen. Dieses Merkblatt enthält bedeutsame Ausführungen. Es hebt nochmals die Absicht der nationalsozialistischen Bildungspolitik eindeutig heraus, der Bildungsinflation ein Ende zu bereiten.“ Die „bedeutsame Bildungspolitik“ der Nazis besteht darin, daß „dringend davor gewarnt werden muß, zu studieren“.

Hindenburg an von Einem

Ein Brieftelegramm Hindenburgs an den Nobelpremiärs von Einem hat, wie der Verlag der „Erinnerungen eines Soldaten“ mitteilt, folgende Unterschrift: „Ihr vielbeschäftigter Hindenburg, der Ihr Buch mit Dank geradezu verschlungen hat.“

Luftschutz

Der Verlag Ullstein gibt eine Zeitschrift „Sirene“ heraus, womit natürlich kein singend-verführerisches Mädchen, sondern eine Dampfsirene gemeint ist. Das Blatt erscheint 14tägig und ist dem sogenannten Luftschutz gewidmet. Es wird die Mitteilungen des Reichsluftschutzbundes enthalten.

Einstein Der Raub seines Vermögens

Salander schreibt in der „Basler National-Zeitung“: Die Konfiskation des Vermögens von Professor Albert Einstein zugunsten des preußischen Staates, die soeben im „Reichsanzeiger“ verkündet worden ist, ruft gegenüber dem Werbezug, mit dem gegenwärtig das „dritte Reich“ seine harmlose Menschenfreundlichkeit in aller Welt zu plakatieren bestrebt ist, eindrucklich in Erinnerung, daß es sich doch nach wie vor um eine Bewegung mit recht robusten Moralauffassungen handelt.

Man braucht sich nur einmal versuchsweise vorzustellen, wie eine derartige Beraubung eines Gelehrten von internationalem Ansehen bloß wegen seiner mißliebigen politischen Meinung oder seiner Rasse etwa noch vor zehn Jahren gewirkt hätte, um sich klar zu werden, wie die Begriffe von Recht und Anstand ins Rutschen gekommen sind.

Ich fühle mich persönlich frei von Vorurteil zugunsten wie zuungunsten des Gelehrten. Zu seinen Gunsten spricht neben der Anregung, die er offenbar durch seine Relativitätstheorie der Wissenschaft in aller Welt gebracht hat, sein mutiges Eintreten für alle Fälle, wo er Unterdrückung der Freiheit oder Menschlichkeit zu sehen glaubte in einer Zeit, da solche Haltung in Deutschland längst nur unbeliebt machte. Weniger erfreulich berührte dagegen sein öfters ungeschicktes Sichzurückstellen bei Kundgebungen gegen das jetzige Deutschland seit seiner fluchtartigen Abreise. Wenn ich ein gewisses Gefühl kühler Fremdheit dem berühmten Manne gegenüber persönlich nicht unterdrücken kann, so ist mir bewußt, daß meine gänzliche Hilflosigkeit seiner wissenschaftlichen Hauptleistung gegenüber, die Absolutheit meines Unverständnisses für seine Relativitätslehre daran nicht unbeteiligt ist. Ich gehe aber zu, daß das mehr mit Mängeln meines Intellekts als seines Charakters zu tun hat.

Der Raub seines Vermögens, ein Akt reiner Ranküne, eine wirtschaftlich für Deutschlands Ansehen weit schädlichere als fiskalisch ergiebige Konzession an die Racheinstincte durch ihre eigene Geistesfeindschaft beschämter Menschen, ist eine so eindeutige Kundgebung einer kulturfremden Gesinnung, daß über dem Unrecht, das hier geschieht, jene privaten Vorbehalte verstummen.

Es ist offenbar Einstein vom Schicksal beschieden, nach jeder Richtung der Erkenntnis der Relativität zum Durchbruch zu verhelfen, und so dient denn sein Vermögen schließlich zum Beweis der Relativität des Eigentumsbegriffs und Rechtsempfindens im „dritten Reich“.

Die Eingriffe eines Staates in privates Eigentum rächen sich aber immer am schwersten, und zerstören das Vertrauen in viel weiterem Umfange, als der einzelne Fall umfaßt. Die Beschlagnahme des Vermögens von Einstein im Kriege hat zu der Zerstörung des Vertrauens in die Gerechtigkeit in der Nachkriegszeit mehr beigetragen, als die Verurteilung allgemein anerkannt ist.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Statue „Paris während des Krieges 1914 bis 1918“ wurde vom Square du Carrousel abmontiert. Die Statue, die 6 und mit dem Sockel 17 Tonnen wiegt, wird wahrscheinlich am Rande des Bois de Vincennes aufgestellt werden.

In der Cité Universitaire, wo die modernen Bauten der einzelnen Staaten stehen, wurde das 300. Zimmer durch Madame Krishnavarna in Genf durch eine Stiftung von 50 000 Franken für einen Hindu-Studenten eingerichtet.

In Paris wurde mit herkömmlichen Freuden der St.-Katharina-Tag begangen.

Im großen Hörsaal der Akademie der Medizin tagte der 10. internationale Kongreß der Zahnärzte von Paris. Der Unterrichtsminister de Monzie sprach in einer Rede von den neuen Grundsätzen des zahnärztlichen Studiums und den entgegengelegten Ansichten von Aerzten und Zahnärzten in der Spezialistenfrage.

Ein altertümlicher Brauch in Frankreich, nach dem Vatermörder mit einem schwarzen Schleier vor der Hinrichtung bedeckt werden, kam in Bordeaux bei der Guillotiniierung des Pierre Delafet zur Anwendung. Der sechsfache Mörder stand freimütig seine Tat, auf einem Bette sitzend, trank dann ein Glas Rum, wies aber eine Zigarette ebenso wie den Priester zurück und zeigte keine innere Bewegung.

Auf dem Plateau in Mittelfrankreich liegt der Schnee bis zu 700 Meter Höhe. In Paris zogen die Midinetten am Katharina-Tage mit ihren Papiertauben unter einzelnen Schneeflocken über die Boulevards.

Geübte Geldschrankknacker (vielleicht „Schüler“ der „Marseiller Bande“ die den großen Einbruch im Comptoir Lyon-Alemand verübte) suchten die Juwelenhandlung Cattin in der

PARIS

Junggesellen - Wohnung
zu vermieten. Bod u. Küche - Warmwasser, mod. Comfort. 7. Avenue du Colonel Bonnat-Passy Conception gibt Auskunft. In Saarbrücken anfragen. Telefon 28951.

Wir suchen per sofort **Schreibmaschinenkräfte** für Adressen in und außer Haus. S.F.C.B. 112, rue Reaumur, Paris

Schöner Laden zu vermieten, prof. helter Keller, Wohnung, ohne Abstandsgeid, für allerlei Geschäfte. 19, rue Bd. Raspail, Telefon Littré 24-76.

Lehrer (Staatsexamen) erteilt gründl. französ. Unterricht für Anfänger und Fortge. dr. Maßiger Preis. Offerten an Publ. Metz, 51, rue Turbigo Nr. 115, Paris.

Auch die „Kleine Anzeiger“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolge

Rue des Petits-Champs heim, die sie ausplünderten. Die Beute war 750 000 Franken an Gold und Steinen. Der Juwelier Cattin war natürlich gegen Einbruch versichert. Aber die Versicherung gilt nur, wenn die Edelsteine im Stahlschrank verschlossen werden, was am Tage vor dem Einbrecher-Besuch unterlassen wurde.

Im Eishockey schlugen die Francais Volants das Berliner Team mit 2:1.

Das Programm des vom nächsten Monat an staatlichen Senders Radio-Paris steht unter der Leitung von M. Henri de Jouvenel.

Der Pariser Stadtrat ist zusammengetreten. Die Hauptarbeit der Stadtväter ist der Ausgleich des Defizits. Der städtische Budget-Ausschuß hat Ersparnisse von 60 Millionen Franken an der Verwaltung erörtert. Endgültiges wird sich erst festlegen lassen, wenn die Absichten der Kammer für die Stopfung des Lods im Staatshaushalt feststehen.

Am Freitag, 1. Dezember, 21 Uhr, singt im Deutschen Klub (64, Rue du Rocher) Frau Else Pepler — vom Züricher Opernhaus — Lieder von Heinrich Heine, von Schumann, Mendelssohn, Brahms, Schubert und Sauguet vertont. Am Flügel: Adolf Daus von der Breslauer Oper. Karten zu 3, 5 und 8 Franken nur am Saaleingang.

Anti-Hitler-Kongreß in Paris

Im Rathaus des 9. Pariser Arrondissements fand Samstag ein Kongreß der französischen Liga gegen den Antisemitismus statt, in dem Bericht über den Kampf gegen Hitler und den wirtschaftlichen Boykott des Hitlerreichs erstattet wurde. Ferner wurde Bericht über das Asylrecht erstattet.

Am Schlußbankett führten der Unterrichtsminister M. de Monzie und der bekannte Schriftsteller André Maurois den Vorsitz. Von deutscher Seite war insbesondere Professor Georg Bernhard an den Arbeiten des Kongresses beteiligt. Die Hauptreden wurden durch Radio verbreitet.

Der Brand im Mittelmeer-Schloß

Schüler von der Lubbes in Nice?

Der Brand in dem berühmten Palais de la Méditerranée in Nizza, der das erste Stockwerk des Luxushauses zerstörte, ist nach Auffassung der Behörden durch verbrecherische Brandstiftung entstanden. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ glaubt man sogar, daß der Täter ein — Deutscher sei, der im Augenblick des Beginns des Brandes geflüchtet sei. Ob wirklich die Hakenkreuzler nach berühmtem Vorbild von der Lubbes nun auch nach Theater- und Croupier-Säle in Flammen setzen, nachdem sie gerade das Roulette ohne Arierparagrafen bei sich zu Hause in Baden-Baden usw. eingeführt haben?

Die Bühne des Riviera-Palastes ist zerstört worden, sie ist ein wüster Trümmerhaufen von verbogenem Eisen und geborstener Mauerwerk. Die Saaldecke ist herabgefallen. Möbilien und Fußboden sind verbrannt.

Auf der Bühne wurden drei Feuerherde entdeckt, die gelegt waren. Ein vierter Brandherd wurde fünfzig Meter weiter am Gesims der Vorhalle ermittelt. Es scheint auch, daß die Türen, die nach dem Baccara-Saal führten, mit entzündbaren Flüssigkeiten übergossen wurden. Doch wurde dieser Saal von dem Feuer nicht verheert.

Auch das gesamte Personal des Hauses ist von einer Brandstiftung überzeugt.

Pariser Theaterbrief

Im Vordergrund des Interesses steht in Pariser Bühnenkreisen zur Zeit das herannahende Regiedebüt Max Reinhardts, der bis zur Stunde nur den älteren Theaterfreunden der französischen Hauptstadt durch ein Gastspiel mit der Pantomime „Sumurun“ aus dem Jahre 1912 in seiner Wirkensart bekannt ist. Alle späteren Versuche, den langjährigen Beherrscher des mitteleuropäischen Bühnenlebens nach Paris zu ziehen, waren an materiellen Fragen gescheitert, denn das Geld, das Staat und Privatleute in Frankreich für Dinge des Theaters zu riskieren bereit sind, entspricht, wie der durchschnittliche Gagenaufwand, in keiner Weise den Begriffen, die sich in den besseren Nachkriegszeiten in Deutschland und Oesterreich herausgebildet hatten.

Gewiß, es gibt in Frankreich noch Mäzene, zu deren edelsten André Rouché zu rechnen ist, der aus eigenem Vermögensüberfluß die riesigen Unkosten der Großen Oper zu decken pflegt und die Ehre, Herr des Garnierhaus zu sein und ihm, unter Lifar, das entfaltungsfähigste Ballett der Erde geschenkt zu haben, bisher schon mit weit über zwanzig Millionen französischen Franken bezahlt hat. Auch Henry de Rothschild, der Erbauer des „Théâtre Pigalle“, wird vielfach unter die Mäzene gerechnet. Ich kann nicht verhehlen, daß ich gegen diesen vielleicht sehr tüchtigen Arzt und sicherlich sehr reichen Mann, der gleichzeitig ein schlechter Dramatiker ist, fast unüberwindliche Bedenken hege, seit er den Dünkel ausschweifenden ersten Band seiner „Denkwürdigkeiten“ veröffentlicht hat, aus denen geht die Welt der Bühne eine solche Ueberheblichkeit hervorgeht, daß es sich kaum verstehen läßt, wann Künstlererscheinungen von Weltruf, wie etwa Colette oder André Antoine, sich öffentlich zu ihrer Freundschaft für diesen sonderbaren Herrn bekennen. Befällt man sich ferner des näheren mit der Art, wie die Prinzessin von Polignac in musikalische oder das junge Grafenpaar de Noailles in filmische Unternehmungen Geld stecken, kann man ebenfalls den schmerzlichen Eindruck, daß das Verhältnis von Begeisterung und Eitelkeit, dem solche Opfer entspringen, nicht immer dazu angetan erscheint, den Glauben an die Selbstlosigkeit derartigen Mäzenatentums zu befestigen.

Vergleicht man andererseits die Gagen, die an rein künstlerisch orientierten Pariser Bühnenunternehmungen, und selbst an den Staatsbühnen, für Darsteller und Spielleiter zur Verfügung stehen, mit denen, die prominente Interpreten und Regisseure in Wien und Berlin zu beziehen gewohnt waren, so begreift man, daß bei diesen die Vorstellung erweckt werden konnte, als sei das Pariser Theaterleben eine überlebte Angelegenheit, die mit dem eigenen Milieu den Vergleich nicht wagen könne. Bedenkt man ferner, daß ein Werk Racines oder Raynals im „Hause Molieres“ noch heute, ohne Nennung des Regisseurs, auf den Spielplan gesetzt wird, so gewinnen die Riesenlöhner, mit denen Charell und Max Reinhardt als Regisseure des „Weißen Rössls“ und der „Fledermaus“ von den Pariser Litfaßsäulen herabtriumphieren, ihre ganz besondere Bedeutung. (Bei näherer Betrachtung derartiger Anschläge gewahrt man dann noch weiter, daß nur der Haas Müller als Autor des „Rössls“ noch übrig geblieben ist, und daß der Herr Korngold, der „Bearbeiter“ seiner Musik, weit fetter gedruckt worden ist als der Komponist Johann Strauß.)

Noch niemals aber, und das ist ehrenvoll und hoch erfreulich, hat sich das geistige Frankreich für einen fremden Bühnenkünstler zu so grandioser Begrüßung hinreißen lassen, wie sie Max Reinhardt vor wenigen Tagen an der Stätte

Maisonnette des Comediens Russes

Erstklassiges Restaurant-Cabaret Normale Preise
RAPHAËL (früher im „Monico“) NASTIA FOLIAKOWA
und die berühmten russischen Sänger
Abendmahlzeit (von 8 Uhr) Soupers (bis 3 Uhr)
36, RUE VIVIENNE (BEI BOURSE) PARIS.

seines künftigen Wirkens, im „Théâtre Pigalle“, gefunden hat. War der greise Antoine, der im Kriege einen Sohn verloren hat, aus diesem persönlichen Grunde dem Ehrengeschloß für die Reinhardtfeier ferngeblieben, so umfaßte dieser dafür u. a. die klavollen Namen Tristan Bernard, Gémiers, Bourdets, Lugué-Poes und vor allem Jacques Gopeaus. Es war in der Tat die Pariser Elite, in deren Namen berufene Wortführer an Reinhardt ihre Willkommensansprachen richteten, und eine derartige Kundgebung konnte um so notwendiger erscheinen, als sich begrifflicherweise in Frankreich die Stimmen gemehrt haben, die vor der Ueberflutung seiner Kunststätten durch deutsches Geschäftstheater nachdrücklich warnen. Und wirklich ist die Situation am französischen Bühnenarbeitsmarkt auch keine so rosige, daß vorbehaltlos jeder fremde Operettenfabrikant und jeder Interpret, vom Star bis zu den Boys und Girls, auf Verwendung Anspruch erheben dürfte. Daß solche Erwägungen vor Erscheinungen wie Max Reinhardt oder Victor Barnowsky nicht gelten

An- und Verkauf

zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Perles & P. Michel

34 RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 98-40 BIS 45

dürfen, ist völlig selbstverständlich, und in diesem Sinne war die Reinhardtfeier von besonderer Wichtigkeit.

Vom Standpunkt des Deutschtums jedoch, vom Standpunkt jenes Deutschtums, das außerhalb des Hitlerreichs heute seine Existenzberechtigung zu verteidigen und zu beweisen hat, wäre gegen Reinhardts Pariser Debut jedoch vielleicht ein Einwand zu erheben. Statt unter der Aegide eines amerikanischen Managers mit der „Fledermaus“ zu beginnen, hätte er meiner Ansicht nach besser getan, mit einem Werk wie dem „Egmont“ hervorzutreten. Die „Fledermaus“ verschmilzt die ihm teure Wiener Musik mit einem Pariser Libretto; in ihrer Wahl liegt, wenn man so will, eine Geste, die sich rechtfertigen läßt. Der „Egmont“ hätte dagegen die Namen Goethes, Beethovens und Reinhardts zu einer imponierenden Kundgebung des deutschen Freiheitswillens vor Frankreich zusammengeschweißt und wäre gleichzeitig ein würdiger Dank des geistigen Deutschtums für Frankreichs begeisterte Anteilnahme am Goethegedenkjahr geworden.

Man wende mir nicht ein, daß ich hier einem geschäftlich von vorneherein verurteilten Unterfangen das Wort rede, denn einmal kostet „Egmont“ sicherlich nicht mehr als Reinhardts Pariser „Fledermaus“; das weitere braucht man nur die allgemeine Begeisterung Frankreichs — von Léon Daudet bis zu Romain Rolland und Jean-Richard Bloch — für Goethe in Betracht zu ziehen, um einem seiner würdig aufgezogenen Bühnenwerke eine vertretbare Einnahme zu errechnen, und schließlich haben sich die Finanzleute um Reinhardt doch wohl recht ernstlich zu fragen, ob die Verdreifachung des Pariser Operettenbetriebes, der noch im Dezember auf das mondäne „Théâtre des Champs-Élysées“ seine Hand legen wird, für das wirtschaftliche Gelingen des Fledermausprojektes tatsächlich die tödlicheren Voraussetzungen bietet.

Die sensationellen Erfolge, die das „Land des Lächelns“ und das „Weiße Rössl“ jüngst in Paris gefunden haben, setze ich nur ungern mit einer Inszenierung der „Fledermaus“ durch Reinhardt in eine Parallele. Doch gerade sie sind für und gegen die Berechnungen der Reinhardtischen Geldleute ein brauchbares Argument. Allein genug: die nächsten Wochen und Monate werden uns ja lehren, ob die einzigartige Gelegenheit, der deutschen Bühnenkunst in Frankreich zu dienen, die das Geschick dem großen deutschen Regisseur Max Reinhardt im November 1933 geboten hat, durch ihn zu voller Auswertung gelangt ist, oder ob er und gleichwertige andere im Dienste an der deutschen Kunst sich neue Wege werden suchen müssen. Bei allen Erfolgswünschen für Reinhardts Pariser Debut, auf das die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, vermöchte man jedoch im Hinblick auf die Bedeutung seines Rufes und seiner Sendung nicht kurzerhand über Einwände schweigen, deren Erhebung vor minder wichtigen Anlässen ein müßiges Beginnen wäre.

Hans-Adalbert v. Maltzahn.

Pariser Theater

Mexcredi, le 29 Novembre

Opéra, 8 h Lohengrin.
Com Française, 8 h 30 La Parisienne, Le Jeu de l'Amour et du Hasard.
Op. Comique, 8 h 15 Carmen.
Odéon, 8 h 30 Le Rosaire, Tempête sur les Côtes.
Gaité-Lyrique, 8 h 45 Le Pays du Sourire.
St. Ch. Elysées, 9 h Yvette et ses enfants, Lettre d'une cinéomane, Stipic et Mania.
Th. de Paris, 8 h 45 Tovaritch.

Die Affäre Dorothy Wright

Der plötzliche Tod der jungen Engländerin Dorothy Wright, der Geliebten des jungen Coty, macht wieder von sich reden. Die junge Engländerin soll sich in einem Hotel der Champs Elysées im August erschossen haben, nachdem ihr Freund lange in einem Nachtlokal herumtollte.

Die Untersuchung lautete auf Selbstmord. Die Mutter des jungen Mädchens, die in London wohnt, beantragte eine neue Untersuchung, weil der Tod verdächtig sei. Das Gericht lehnte aber eine Verfolgung ab.

Nunmehr erklärte sich die Mutter durch einen französischen Anwalt als Zivilpartei und beantragte unter Hinterlegung von 1500 Franken die Klage wegen Tötung ohne Ueberlegung gegen X.

Einkauf und Auslösung vom Verzamm
**BRILLANTEN . GOLD
SILBERWAREN . UHREN**
Ugliche Gelegenheitsverkäufe
BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE
MAN S'EN VAUT BIEN

DER HINDU AGHA MIR

Der hinduische geistliche Führer, dessen Wirksamkeit in der Zukunft und ihre für Ihre Liebsten, mit einer ungläublichen Sicherheit, Sie wird Sie lehren, aus verschiedenen Art Schwierigkeiten u. U. gleich veranlassen. Sie fragen Sie ihn um Rat persönlich durch 10, Avenue Mac-Mahon, Paris, Minus Etalle

1 Monat „MIETEFREI“

Büros an Champs Elysées

(unmittelbar neben dem Café Colisée)

Kleine neugebaute, abgeschlossene Büros (1-7 Zimmer), den Wünschen der deutschen Flüchtlinge angepasst, und insbesondere auch entsprechend billig sofort beziehbar **ZU VERMIETEN**

Besichtigung täglich 10-1 Uhr und 3-5 Uhr

Eingang 3, Rue de Colisée

Vermietung von Luxuswohnungen, Cafés und Läden ebenda

Fanatismus und Kriecherei

Holländische Stimmen

Wir entnehmen aus der „Post Scripta“ der Haag'schen Post:

Zusammenbruch

Der Prozeß von der Pubbe hat nun seine Berliner Phase hinter sich. Dort hat man alle Zeugen vernommen. Ziel flüger ist man dadurch nicht geworden. Sicher ist die Stichhaltigkeit der Anklage nicht verstärkt worden. Diese macht mehr denn je den Eindruck, auf einer ganz lockeren Basis zu beruhen und auf einer Instruktion, die mit unglaublicher Voreingenommenheit und Leichtgläubigkeit gehandhabt wird. Den stärksten Schlag hat der ganze Geist des Prozesses noch am letzten Verhörtag in Berlin erlitten. Nachdem sich der Hauptzeuge gegen die Bulgaren schon als vollkommen unzuverlässig erwiesen hatte, erging es dem Hauptzeugen gegen Torgler, wenn überhaupt noch möglich, noch schlechter. Auf die mühsamste Weise, nämlich durch die einfache Folge der Tatsachen, wurde dieser Zeuge, der gewesene Kommunist Grotche, zum Lügner gestempelt. Es ist bestürzend, daß sich dies erst vor dem Gericht zeigen mußte. Dieser Teil des Prozesses hat einen erschreckenden Beweis für die Lügenhaftigkeit geliefert, zu der heute in Deutschland viele Leute, sei es aus Fanatismus oder aus feiger Kriecherei, imstande sind. Der günstige Eindruck, den der Beginn des Prozesses in Leipzig machte, wurde in Berlin vollkommen verwischt.

Eine plumpe Methode

Wir lesen u. a. in „Der Volk“:
Ziel ist über den heutigen Prozeßtag nicht zu sagen (Freitag, den 24. November), was nicht in dem Pressebericht steht. Aber auf ein Ding möchten wir die Aufmerksamkeit doch noch lenken, und das ist die Erklärung des Gefängnischurken Weinberger. Dieser ist ein geborener Russe, und man hatte ihn neben Popoff, der allein bulgarisch und russisch spricht, in eine Zelle gesteckt. Dieser Russe hat nun getrachtet, Popoff zum Sprechen zu bringen. Es ist kein reiner Zufall, daß man ihm das Sprechen mit Popoff so leicht gemacht hat. Trotzdem ist es nicht gelang, aus Popoff etwas herauszukriegen. Popoff wird diese plumpe Methode wohl durchschaut haben. Der Zeuge mußte dann auch erklären, daß Popoff dauernd gefragt habe, er hätte mit dem Reichs-

tagsbrand nichts zu schaffen. Dort endlich ist aus dieser monatelangen Spionage ein Satz gekommen, der eigentlich auch nichts bedeutet, doch den man als belastende Aussage auslegen könnte. Man kann aber daraus auch, ohne dem Satz einige Gewalt anzutun das Gegenteil hören.

Amtliche Greuelmärchen

Wir zitieren aus der „Post Scripta“ der Haag'schen Post:

Die Berichte aus Berlin bleiben weiter konfus. Der Justizminister kündigt eine Amnestie an, die aber noch aussteht und scheinbar bis jetzt noch bei Hitler hängen bleibt. Hitler macht Frankreich weiter Liebeserklärungen, jetzt wieder in einem Interview im „Matin“, aber in der politischen Praxis ist er wenig zugänglich. Ueber den Zustand im Lande gibt die folgende Verordnung von Hitlers Stellvertreter, Rudolf Heß, eine Vorstellung. Man erfieht daraus, daß Parteigenossen, die kein Amt im Staate bekleiden und Parteistellen kein Höchsteinkommen für die Bevölkerung oder für gewisse Schichten der Bevölkerung vorschreiben, daß sie keine Maßregeln gegen Doppelverdiener treffen und daß sie das Volk nicht zwingen dürfen, außer den Steuern noch Geld anzubringen. Diese Rechte stehen allein den besetzten Regierungsstellen zu. Dergleichen bolschewistische Aktionen werden also demnach von Parteigenossen unternommen, wie man aus dem Verbot erfieht. Hätte eine ausländische Zeitung darüber berichtet, so hätte man es ohne Zweifel als „Greuelmärchen“ ausgelegt. Schönes Land!

Göbbels oder Göring?

Wir lesen u. a. in „Der Allgemeinen Handelsblad“ (Amsterdam):

Göbbels und Göring schieben miteinander um das „dritte Reich“. Göring ist der geschicktere von beiden und hat entscheidenden Einfluß auf Hitler. Göring hat das Militär und das Kapital zu Bundesgenossen. Früher oder später muß sich dieser Streit einmal entscheiden. Dabei spielen die Personen an der Front nur eine ganz zufällige Rolle. Die Mächte, die im Hintergrund stehen, sind zäh, und in diesem gewaltigen Streit wird jedes Plebiszit zu einem Regen von Papierschnipseln.

Achtung, Eltern!

Mein Jugendheim, bedeut. vergrößert, befindet sich jetzt in **MARNES-LA COQUETTE, 3^{me} Grande Rue**
20 Minuten Bahnfahrt vom Bahnhof St. Lazare, Paris
Telefon: Garches Nr. 629.

Große Villa mit riesigem Park, fließendes Wasser in jedem Zimmer, Zentralheizung usw. Überleitung in die franz. Schulen, Gymnastik, Sport.

FRAUDR. BERG

stehen, erschweren die Arbeit ungeheuer. Man vergleiche damit Adolf Hitlers Reden, die in dem oben erwähnten Heft gefammelt sind und man wird den Schlag, den unsere Arbeit hier auf vorgehobenen Posten erlitt, begreifen können. Unsere Arbeit hat dabei nichts zu tun mit internationalen Verständigungsbestrebungen einer übermüdeten Zeit, sondern sie gehört eher in den Abschnitt „Völkerpsychologie als Kampfmittel“ von Professor Hans Buch. Dieser Erguß ist am 18. (1) November erschienen. Man sieht, wie ja die D. F. schon mitgeteilt hat, daß das Banse-Verbot eine Farnung ist und daß die Nazi-Agenten im Ausland eifrig tätig sind.

Der frühere Chefredakteur des Zentrumsorgans „Danziger Landeszeitung“, Dr. Teipel, ist wegen des Vorhofs in Genf aus Danzig ausgewiesen worden. Wie alle Zentrumskräfte, hat auch er sich vergebens gleichgeschaltet, der Zutritt kommt doch.

Der Reichsminister des Innern hat das Reichskommissariat für Beamtenfragen aufgelöst und dem bisherigen Kommissar seinen Posten andeigewiesen. — Die Beamten verlieren eine Position nach der andern.

BRIEFKASTEN

„Meister und Schüler“. Abdrucken wollen wir den Dialog nicht. Wir möchten uns nicht so ausführlich mit taktischen Parteifragen beschäftigen.

Warum. Das neue, von uns ausführlich besprochene Werk von Heinrich Mann ist im Querido-Verlag zu Amsterdam erschienen. Es ist eine Sammlung von Aufsätzen und kleinen Szenen Heinrich Manns über das „dritte Reich“ unter dem Sammeltitle: „Der Sob, deutsche Zeitgeschichte“.

„Kommentar überflüssig.“ Sie schicken uns ein Blatt aus irgend einer hakenkreuzerischen Zeitschrift, die nebeneinander die Bilder Robels und Hitlers mit folgendem Text bringt:

... und wiederum war es ein einzelner, unser Volkskanzler Adolf Hitler, der den Rebel ewiger Abtrünnungskonferenzen zerriss und ein ganzes Volk geschlossen der Welt in seinem Treibendwillen offenbarte. Wenn einer den Friedenspreis von Nobel im kommenden Jahr verdient, kann es nur Adolf Hitler sein!

Auch das ist nicht unmöglich, wenn nicht ein europäischer Krieg vorher kommt. Vielleicht mocht aber Hitler seinen Krieg erst nach der Verteilung des Nobel-Preises.

Kampfbund deutscher Faschisten. Der Kufrus ist für eine Zogelaktion von unumgänglicher Länge. Auch ist es eine starke Zumutung, einer Organisation, die schon am Austritt, Vertrauen entgegenzubringen. Schließlich ist der Kufrus und noch mehr das „Programm“ aber auch nur ein sehr matter Aufguss. Damit ist kein Staat zu machen.

H. W. Amsterdam. Für solche Zeitungsausschnitte sind wir immer dankbar. — Wir werden die dumme Rede der „D. F.“ im Zusammenhang mit einem besonders tragischen Fall des Auschlusses eines jüdischen Turners bearbeiten.

Dr. R. Basel. Im neuen Reichstag sitzen u. a.: 2 Prinzen, 80 Adelige, 100 Aristokraten, 12 Industriemagnaten, 6 Feudalherren, 125 Uniformträger, aber nur 17 Arbeiter! — Volksvertretung!

Emigrant B. Sie haben im Jahre 1928 als Gewerkschaftler den Sturm auf eines der rheinischen Rathäuser geführt und die Separatisten hinausgeschauert. Nun lesen Sie in der „Saarbrücker Zeitung“:

„Aber wurde durch die Vermittlung des Saargebietes unter das Völkerbünderegime die Entwicklung anders gelenkt, der offene und aktive Separatismus wurde dem Saargebiet erspart (sowohl die Härte und Knappheit der sozialistischen Vergütung und Industriearbeiter mit jenem Gehaltel nicht schlechter fertig gemorden wären als die Bauern und Industriearbeiter des Rheinlandes und der Pfalz.“

Und dazu schreiben Sie uns: „Hält Ihnen nicht auf, daß die Herren nur von Bauern, Bergleuten und Industriearbeitern schreiben, die mit den Separatisten aufgeräumt haben und nötigenfalls wieder austräumen sollen? Wo waren und sind denn die haben und geoffenteten Herren und ihre journalistischen Diener, die uns jetzt Landesverräter schimpfen und marxistische Unternehmungen heißen? Keiner war zu sehen, und keiner von diesen ehrenwerten Patrioten wird zu sehen sein, wenn es gilt, seine Haut gegen das „Gefindel“ zu werfen zu tragen. Dafür waren wir gut genug. Jetzt lassen sich Minister, wie dieser Göbbels, im Rheinlande feiern, und die Arbeiter haben in der Ecke oder haben an der Stempelstelle oder im Konzentrationslager oder hier und dort in der Emigration, herb gefasst, nichts zu freuen. Konfessionen verprügeln jetzt drüben Frontkämpfer von 1914 und 1918 und 1928, und nicht ein einziger gleichgeschalteter Redakteur wagt gegen diese deutsche Schande aufzutreten. Man soll uns also mit solchen Erinnerungen in Ruhe lassen, und ich warne die Bergkumpeln und Industrieprotekten, sich von den Thrasen solcher Leute besoffen machen zu lassen, die uns nur verächteln, damit sie uns später einen Zutritt geben können.“

Sie sagen in kräftiger Sprache die Wahrheit. Wir können nur hinzufügen: So war es, und so ist es.

H. O. Soudbrdt. Wegen Ihres Deutsch brauchen Sie sich nicht zu entschuldigen. Sie schreiben recht gut. Für weitere Nachrichten und Zeitungsausschnitte sind wir dankbar. Das Denn ist uns aus manchen Wanderungen bekannt. Ueber Ihre Mitteilung, daß unser Blatt dort viel gelesen wird, freuen wir uns.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Vlg in Dusseldorf; für Anzeigen: Otto Kub in Saarbrücken Anstaltsdruck und Verlag; Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

Frank. Firma sucht zur Einrichtung von Färberei
DEUTSCHEN CHEMIKER
der sich mit 100.000 Fr. beteiligen können.
Offerten unter T. G. an die Expedition.

**Coupons, Devisen
deutsche Effekten
Waren-Termin-**
geschäfte in allen Produkten
sämtlicher Weltbörsen besorgt
auch für Emigranten prima
schweizer Firma, Postfach 648, Zürich 2

Wo speist man gut und billig
in **Brüssel**
Restaurant à la Fourchette
22, rue St. Michel, 22. 1. Querstraße rechts von
Platz Bernicelle. Mittagessen von 6.— bis 10.— Fr.
Abendessen von 18 bis 23 Uhr
bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse und Brot.
Preis nur 4.— Fr.

Allgemeine
Deutsche Poliklinik
Métro: Trinité und St. Lazare
Chefarzt Professor WENSTEN
1) SPEZIALKRÄFTLICHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.
2) INNERE Klinik
3) CHIRURGISCHE Klinik
4) GEBURTSHELFISCHE Klinik
ORDINATION: täglich von 1 bis 8 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Deutsche
lassen ihre Möbel und sonstigen Stückgüter nach Frankreich
einzig und allein befördern durch
STERN-EXPRESS
31, Rue de Pétrograd - PARIS 8
(Nähe Place Gliaz)
Téléphon: Europe 66.10 Kabeladresse: Stern-Paris
Sammelwaggons aus den wichtigsten Städten Deutschlands. 1-3 mal wöchentlich nach Paris-Riviera und den franz. Provinz-Städten; dadurch ermäßigte Fracht
Lagerung Verpackung Versicherung
Agenturen in allen Städten Deutschlands und Zentral-Europas
Beste Referenzen von deutschen Industriellen, Journalisten, Anwälten u. Ärzten

Schweizer Heeresfragen

Reorganisation

Die Schweiz hat die Frage der Notwendigkeit einer Reorganisation der Armee, deren Organisation 25 Jahre alt ist, befoht. Die Einteilung der Armee stammte aus dem Jahre 1924 und hatte rein provisorischen Charakter. Außerdem drängt der Rückgang der Geburtenzahl zu einer Reform. Denn seit 1902 ist die Geburtenziffer ständig gesunken. Für die Reform sind drei Richtungen maßgebend. 1. Aufstellung der Armee derart, daß sie zur Verteidigung der Unabhängigkeit imstande ist. 2. Nationale Ausgestaltung. 3. Beschränkung der finanziellen Belastung auf ein Minimum. Wie sieht das nun im einzelnen aus.

Der Grundgedanke der allgemeinen Wehrpflicht wird aufrecht erhalten, ebenso das schweizerische Militärsystem. Neu ist die Ausbildung vor der Dienstzeit durch den obligatorischen Turnunterricht bis zum 18. Lebensjahr und die obligatorische Wehrbildung bzw. Schießausbildung bis zum 20. Jahr. Hierfür werden herangezogen der Eidgenössische Turnverein, der Schweizerische Schützenverein und der Schweizerische Unteroffiziersverband. Die Rekrutenausbildung wird jetzt als zu kurz empfunden, da es sich jetzt mehr nur um eine Waffe, das Gewehr, handelt, sondern um sechs (außer dem Gewehr Handgranate, Maschinengewehr, und zwar leichtes und schweres, Infanteriegeschütz und Minenwerfer). Ferner soll der Soldat mehr zum Spezialisten ausgebildet werden. Bei den Kampftruppen wird daher die Rekrutenschule verlängert, bei den Motorwagentruppen dagegen verkürzt, bei den übrigen Truppengattungen (Train, Sanitätär) bleibt sie gleich. Zum Ausfall wird die Zahl der Wiederholungskurse gekürzt, ihre Dauer aber auf 15 statt bisher 18 Tage festgelegt.

Bei der Infanterie kommen künftig mehr automatische und schwere Waffen zur Anwendung als bisher. Neu geschaffen wird der Begriff der leichten Truppen, Kavallerie, Radfahrer, Motorgruppen. Die Kavallerie wird dabei um ein Drittel reduziert. Ferner wird eine neue Truppenordnung geschaffen. Die bisherige Einteilung in sechs Divisionen zu

24 Bataillonen erscheint zu schwerfällig. Es sollen neun leichte Divisionen geschaffen werden, 6 Feld- und 3 Gebirgsdivisionen. Dazu kommt die Festungsbesatzung St. Maurice. Bestehende Verbände sollen nicht zerissen, Sprache und Kantonszugehörigkeit berücksichtigt werden. Die Leitung soll vereinheitlicht, die Militärverwaltung vereinfacht werden.

Noch Immer Banse

Ein Buchhändlergehilfe, Gerhard Köhler, beschreibt im „Buchhändlerbörseblatt“, wie er in England für die nationale Literatur gewirkt hat und sagt: „Ich darf mir wohl erlauben, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß hier in England ein Buch auf unsere Arbeit lähmend eingewirkt hat, und zwar handelt es sich um Professor Oswald Bankes Buch: „Wehrwissenschaft“. (Anmerkung des „Börseblatt“: „Der vorliegende „englische Brief“, der am 4. Oktober bei der Schriftleitung einging, kann leider erst jetzt veröffentlicht werden; inzwischen ist, wie wir schon mitteilten, das Buch aus außenpolitischen Gründen beschlagnahmt worden.“) Was Professor Banse rein wehrwissenschaftlich schreibt, ist das, was jeder Deutsche wissen muß und was ihm immer wieder eingeschärft werden soll. Die Vorwürfe von englischer Seite in dieser Richtung sind leicht abzuweisen mit dem Hinweis auf die in dieser Beziehung in England selbst erschienenen Bücher. Aber einige Sätze, die im Vorwort zur ersten Auflage dieses Buches

Steuerfragen
Gesellschaftsgründungen
Wenden Sie sich an
F. BRIQUEU
LICENCIÉ EN DROIT
ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden
um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden
23, Bd. Beauvoisine, Paris (2), Tel. Louvre 23-63

18, Trinité 43-13
Métro Pigalle
Deutsche Poliklinik
Paris, 43, Rue de la Roche-Goussault
a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie
Zweistöckiges Spezialambulanzgebäude. Die aller modernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik
Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr